



34.

Halbjahresbericht

**Entwicklung der
Verfahren und Praktiken
der parlamentarischen Kontrolle
in der Europäischen Union**

Erstellt vom COSAC-Sekretariat und vorgelegt auf der

**LXIV. Konferenz der Ausschüsse
für Unionsangelegenheiten der Parlamente
der Europäischen Union**

30. November - 1. Dezember 2020

Erste Fassung des COSAC-Sekretariats vom 16. Oktober 2020,
basierend auf den Antworten auf einen an die Parlamente/Kammern verteilten Fragebogen.

Konferenz der Ausschüsse für Unionsangelegenheiten der Parlamente der Europäischen Union

COSAC-SEKRETARIAT

MTY 06 R 010, 70 rue Montoyer, B-1047 Brüssel, Belgien
E-Mail: secretariat@cosac.eu | Tel.: +32 2 284 3776

Inhalt

HINTERGRUND	iii
KURZFASSUNG	iv
KAPITEL 1	
KONFERENZ ZUR ZUKUNFT EUROPAS	1
KAPITEL 2	
LEHREN AUS DER COVID-19-PANDEMIE	16

HINTERGRUND

Dies ist der vierunddreißigste Halbjahresbericht des COSAC-Sekretariats.

Halbjahresberichte der COSAC

Die XXX. COSAC beschloss, dass das COSAC-Sekretariat halbjährliche Tatsachenberichte erstellen solle, die im Vorfeld jeder ordentlichen Tagung der Konferenz veröffentlicht werden. Mit den Berichten soll ein Überblick über die Entwicklungen bei den Verfahren und Praktiken in der Europäischen Union im Bereich der parlamentarischen Kontrolle vermittelt werden.

Alle Halbjahresberichte sind auf der IPEX-Website verfügbar. Sie finden die Berichte durch Navigation zu der jeweiligen Sitzung.

Die beiden Kapitel dieses Halbjahresberichts stützen sich auf Informationen, die von den nationalen Parlamenten der Mitgliedstaaten der Europäischen Union und vom Europäischen Parlament übermittelt wurden. Der Stichtag für die Einreichung der Antworten zu dem Fragebogen für den 34. Halbjahresbericht war der 25. September 2020.

Das Outline zu diesem Bericht wurde beim Treffen der Vorsitz-Troika der COSAC am 13. Juli 2020 in Berlin via Videokonferenz angenommen.

Grundsätzlich werden nicht alle Antworten genannt, die Parlamente bzw. Kammern auf eine bestimmte Frage gegeben haben. Stattdessen werden zur Veranschaulichung Beispiele genannt.

Bitte beachten Sie, dass in einigen Fällen mehrere Antworten auf Multiple-Choice-Fragen abgegeben werden konnten. Etwaige Diskrepanzen zwischen der Gesamtzahl der Antworten auf eine Frage und der Gesamtzahl der Befragten lassen sich hiermit erklären.

Die vollständigen Antworten, die insgesamt 36 von 39 nationalen Parlamenten/Kammern aus 27 Mitgliedstaaten sowie das Europäische Parlament abgegeben haben, finden sich im Anhang auf der COSAC-Website.

Hinweis zu den Zahlen

Von den 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben 15 ein Einkammerparlament und 12 ein Zweikammerparlament. Aufgrund dieser Kombination aus Ein- und Zweikammersystemen gibt es in den 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union 39 nationale Parlamentskammern.

Obwohl sie Zweikammersysteme besitzen, übermittelten die nationalen Parlamente Österreichs, Irlands und Spaniens jeweils eine einheitliche Antwort zu dem Fragebogen, weshalb die Höchstzahl der pro Frage eingegangenen Antworten einschließlich des Europäischen Parlaments 37 beträgt. Beantwortet wurde der Fragebogen 36-mal.

KURZFASSUNG

KAPITEL 1: KONFERENZ ZUR ZUKUNFT EUROPAS

Das erste Kapitel des 34. Halbjahresberichts versammelt Ideen in Vorbereitung auf die Konferenz zur Zukunft Europas.

Nach Aussage der großen Mehrheit der Parlamente/Kammern haben in ihren jeweiligen Ländern unterschiedliche Formen der Bürgerbeteiligung zur Frage der Zukunft der Europäischen Union stattgefunden. Konkret erwähnt wurden dabei öffentliche Dialoge und lokale Debatten, öffentliche Anhörungen, Expertenforen sowie Internetplattformen zum Sammeln von Vorschlägen oder Einreichen von Petitionen. Einige Parlamente/Kammern wiesen auf ungewöhnliche Formate wie die Meinungsäußerung durch Beschwerdebücher oder eine öffentliche Diskussion mit Politikerinnen und Politikern in einem Einkaufszentrum hin.

Die Frage, ob Ergebnisse aus diesen Formaten in ihrem Land in die Praxis umgesetzt würden, z. B. in Form einer Legislativmaßnahme, Kommunikationsstrategie oder in sonstiger Weise, beantwortete etwa ein Drittel der Befragten positiv, während die restlichen zwei Drittel angaben, dies sei bei ihnen nicht der Fall.

Die Mehrzahl der befragten Parlamente/Kammern vertrat die Auffassung, dass Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft und der COSAC neben den EU-Institutionen, nationalen Parlamenten und Bürgerinnen und Bürgern in die Konferenz zur Zukunft Europas einbezogen werden sollten. Die Hälfte der Parlamente/Kammern befürwortete zudem eine etwaige Beteiligung von Vertreterinnen und Vertretern aus der Wissenschaft. Einige Parlamente/Kammern legten einen besonderen Schwerpunkt auf junge Bürgerinnen und Bürger, z.B. Kinder, Schüler und die europäische Jugend.

Alle Parlamente/Kammern, die Angaben dazu machten, teilten die Auffassung, dass im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas dezentrale Veranstaltungen oder Aktivitäten in den Mitgliedstaaten und ihren Regionen stattfinden sollten.

Bei der Frage, welche Gestalt die in den Mitgliedstaaten durchgeführten Veranstaltungen annehmen sollten, verwiesen die Parlamente/Kammern vorwiegend auf die Bedeutung digitaler Plattformen, um die Reichweite der Konferenz – insbesondere angesichts der aktuellen Pandemielage – zu vergrößern.

Auf die Frage, welche drei Themen bei der Konferenz behandelt werden sollten, rangierten institutionelle Aspekte in den Antworten der Parlamente/Kammern an erster Stelle, gefolgt vom ökologischen Wandel und der Rechtsstaatlichkeit.

Die große Mehrheit der Parlamente/Kammern sprach sich dafür aus, dass die Konferenz in der Lage sein sollte, zusätzlich zu dem in der Gemeinsamen Erklärung der europäischen Institutionen festgelegten thematischen Rahmen Themen auf die Tagesordnung zu setzen.

Zwei Drittel der Parlamente/Kammern vertraten die Auffassung, dass sich die Konferenz mit institutionellen Fragen befassen sollte.

Die Mehrheit der Befragten wollte nicht, dass bei den Debatten die bestehenden Verträge die Grenze bilden. In diesem Zusammenhang äußerten eine Reihe von Parlamenten/Kammern ihre Auffassung zur Frage etwaiger Vertragsänderungen und benannten sodann mehrere Bereiche, die von bestimmten Maßnahmen oder Änderungen profitieren könnten, darunter etwa die Einführung zusätzlicher

Befugnisse für die Bewältigung grenzüberschreitender Krisen, insbesondere in Bezug auf gesundheitliche Bedrohungen.

Nahezu alle Parlamente/Kammern, die Angaben machten, hielten einen Austausch der nationalen Parlamente über die von der Europäischen Kommission im September 2020 vorgelegten Berichte über die Rechtsstaatlichkeit für wünschenswert. Die meisten Parlamente/Kammern wollten sich mit diesen Berichten im Rahmen von Diskussionen auf Ausschussebene befassen.

KAPITEL 2: LEHREN AUS DER COVID-19-PANDEMIE

Das zweite Kapitel des 34. Halbjahresberichts der COSAC befasst sich mit den Lehren aus der Pandemie, insbesondere damit, wie die Mitgliedstaaten und die EU die wirtschaftliche Erholung durch Hilfspakete auf europäischer Ebene zugunsten der öffentlichen Haushalte, der Unternehmen und der Beschäftigten unterstützt haben, um so die Krise zu überwinden, Resilienz aufzubauen und die EU für die Zukunft aufzustellen.

Nahezu die Hälfte der Befragten war der Auffassung, dass das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) weitergehende Befugnisse erhalten sollte – vergleichbar der Entwicklung bei FRONTEX –, während die meisten übrigen Befragten keine Meinung dazu vertraten.

Die Parlamente/Kammern sprachen sich für verschiedene Lösungen aus, um bei der Beschaffung von Schutzausrüstung, Arzneimitteln und Arzneimittelgrundstoffen die Abhängigkeit der EU von Drittstaaten zu reduzieren, wobei die Rückverlagerung von Produktionsprozessen in die EU die erste Wahl darstellte.

Die Bedingungen für Grenzsicherungen sowie den Waren- und Personenverkehr zählten neben dem Informationsaustausch zu den verschiedenen Aspekten, die von den Parlamenten/Kammern dahingehend genannt wurden, wie ein koordiniertes Vorgehen möglicherweise aussehen müsste, um effektiver die Ausbreitung einer pandemischen Situation einzudämmen. Mehrere Befragte konnten die Begründung für die Anwendung nationaler Maßnahmen in solchen Situationen nachvollziehen.

Der weit überwiegende Teil der Befragten hielt Anpassungen des Rechtsrahmens für künftige Krisenszenarien, die auf dem Ausbruch einer Infektionskrankheit oder vergleichbarer schwerwiegender Krisensituationen beruhen, für sinnvoll, wobei mehrere sich für verbesserte rechtliche Rahmenbedingungen aussprachen.

Den Antworten zufolge stellte die Hälfte der Parlamente/Kammern Überlegungen an, wie sich die Mitgliedstaaten im Bereich Forschung und Innovation effektiver vernetzen und im Gesundheitsbereich einen besseren Datenaustausch gewährleisten könnten.

Alle Parlamente/Kammern, die Angaben machten, bestätigten, dass ihre Mitgliedstaaten Konjunkturpakete beschlossen hätten.

Die allermeisten Parlamente/Kammern berichteten, dass sich ihre Mitgliedstaaten für eine Kombination von Maßnahmen auf der Ausgaben- wie der Einnahmenseite entschieden hätten, wobei viele auf unterschiedliche konkrete Maßnahmen verwiesen. Eine große Zahl von Parlamenten/Kammern gab an, dass sich einige dieser Maßnahmen während bestimmter Zeiträume auf konkrete Branchen konzentriert hätten. Die Befragten lieferten unterschiedliche Beispiele für Maßnahmen, die sich

besonders bewährt hätten, darunter Teilzeitarbeit, Fernunterricht und Telearbeit, COVID-19-Sonderurlaub aus familiären Gründen und spezielle Vorkehrungen für ältere Menschen, Einschränkungen der Freizügigkeit von Personen sowie obligatorische Gesundheitsschutzmaßnahmen.

Im Hinblick auf europäische Maßnahmen nannte eine große Zahl von Befragten das SURE-Instrument („Unterstützung bei der Minderung von Arbeitslosigkeitsrisiken in einer Notlage“) als besonders effektive Maßnahme.

Der ökologische und digitale Wandel, Beschäftigung, Innovation, Gesundheit, Forschung und Entwicklung wurden von den befragten Parlamenten/Kammern als die wichtigsten Politikbereiche ermittelt, denen bei der Festlegung des Maßnahmenpakets auf EU-Ebene zur Abfederung der ökonomischen und sozialen Folgen der COVID-19-Pandemie Priorität eingeräumt werden sollte.

Zu der Frage nach ihren Präferenzen dahingehend, ob die Vergabe von EU-Mitteln an die Einhaltung von CO₂-Grenzwerten gekoppelt werden sollte, machten die meisten Parlamente/Kammern keine Angabe. Die übrigen Befragten waren in der Sache gespalten – einige befürworteten eine solche Maßnahme und eine nahezu identische Zahl war dagegen.

Die Mehrheit der antwortenden Parlamente/Kammern sprach sich dafür aus, zusätzlich zur Abgabe für nicht recycelte Verpackungsabfälle neue EU-Eigenmittel einzuführen, wobei neue EU-Eigenmittel auf der Grundlage einer Digitalsteuer von den befragten Parlamenten/Kammern am stärksten favorisiert wurden.

Die Idee, EU-Mittel, z. B. aus den Kohäsionsfonds, in substantiellem Maße einzubehalten, wenn eindeutige Gefahren einer schwerwiegenden Verletzung der Rechtsstaatlichkeit vorliegen, die die finanziellen Interessen der EU gefährden, erhielt Zuspruch von nahezu der Hälfte der antwortenden Parlamente/Kammern. Einige Parlamente/Kammern mahnten allerdings zur Vorsicht. In der Frage, welches das geeignete Verfahren sei, um den Mechanismus zur Feststellung der eindeutigen Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der Rechtsstaatlichkeit, die die finanziellen Interessen der EU gefährdet, zu aktivieren, favorisierten sechs Parlamente/Kammern die qualifizierte Mehrheit im Rat, während die umgekehrte qualifizierte Mehrheitsentscheidung des Rates und die Einstimmigkeit im Rat jeweils Zuspruch von fünf Parlamenten/Kammern erhielt.

Im Bereich Künstliche Intelligenz (KI), Daten und digitale Zukunft nannte die Hälfte der Befragten die Anwendung digitaler Technologien auf mindestens einem der folgenden Gebiete: öffentliche Verwaltung, Bildung und Gesundheitswesen.

In Bezug auf die Potenziale oder Anwendungsbereiche auf dem Gebiet der digitalen Zukunft Europas war sich die große Mehrheit der antwortenden Parlamente/Kammern darin einig, dass die Schaffung eines digitalen Binnenmarktes durch die Generierung von Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen eine Chance für den wirtschaftlichen Wiederaufschwung darstellt.

Bei der Frage nach dem Einsatz von Videokonferenzsystemen für die interparlamentarische Zusammenarbeit gaben mehrere Teilnehmer an, dass persönliche Begegnungen durch Videokonferenzsysteme nicht ersetzt werden könnten. Im Hinblick auf den Einsatz eines einheitlichen europäischen Konferenztools äußerte die Mehrheit der Befragten, keine Meinung zu diesem Thema zu haben.

Hinsichtlich der COVID-19-Pandemie und der Maßnahmen, die künftig vermieden werden sollten, nannten die meisten Parlamente/Kammern, die hierzu Angaben machten, die unkoordinierten Grenzschießungen, die unkoordinierten Maßnahmen hinsichtlich des freien Personen- und Warenverkehrs sowie die ungleiche Verteilung dringend erforderlicher Medizinprodukte und Arzneimittel.

KAPITEL 1

KONFERENZ ZUR ZUKUNFT EUROPAS

DAS ERSTE KAPITEL DES 34. HALBJAHRESBERICHTS geht auf die Konzeption und das Agenda-Setting der geplanten Konferenz zur Zukunft Europas ein.

Konzeption der Konferenz

1.1.a Neunundzwanzig von 35 Parlamenten/Kammern gaben an, dass in ihren jeweiligen Ländern in den letzten Jahren Formate der Bürgerbeteiligung zur Frage der Zukunft der EU stattgefunden hätten. Sechs von ihnen erklärten, keine offiziellen Veranstaltungen organisiert zu haben (belgischer *Sénat*, bulgarische *Narodno sabranie*, kroatischer *Hrvatski sabor*, polnischer *Senat*, polnischer *Sejm*, slowenischer *Državni svet*).

In Frankreich wurden Bürgerkonsultationen zur Zukunft Europas auf Initiative von Staatspräsident Emmanuel Macron und mit Blick auf die Europawahlen 2019 durchgeführt. Zwischen April und Oktober 2018 fanden Debatten und partizipativdemokratische Veranstaltungen statt. Zusätzlich organisierte die französische Regierung eine „Große nationale Debatte“, bei der die französischen Bürgerinnen und Bürger aufgerufen waren, über Beschwerdebücher, örtliche Debatten, regionale oder nationale themenbezogene Konferenzen und eine Website, über die Vorschläge unterbreitet werden konnten, ihre Meinung zu politischen Zukunftsfragen darzulegen. Bei dieser Debatte wurden auch Fragen hinsichtlich der Zukunft Europas thematisiert. Zuletzt hatte der französische *Sénat* eine Internetplattform für die Einreichung von Petitionen und die Sammlung von Unterschriften eingerichtet. Darüber hinaus fanden nach Angaben der französischen *Assemblée nationale* „Demokratiekonvente“ zur Reform Europas statt, für die innerhalb des Europaausschusses der *Assemblée nationale* eigens eine Arbeitsgruppe eingesetzt worden war.

Der *Deutsche Bundestag* wies darauf hin, dass auf Initiative der Bundesregierung und der Landesregierungen zwischen Mai und Oktober 2018 in ganz Deutschland die Veranstaltungsreihe „Bürgerdialoge zur Zukunft Europas“ stattgefunden habe. Bei diesen Gesprächen hätten sich Mitglieder der Bundesregierung und der Landesregierungen sowie auch Staatssekretäre mit den Bürgerinnen und Bürgern ausgetauscht. Ähnliche Programme seien von Kooperationspartnern aus der Zivilgesellschaft und hochrangigen Vertretern verschiedener Bundesministerien organisiert worden. Nach Angaben des deutschen *Bundesrates* hätten die Länder diverse Veranstaltungen in unterschiedlichen Formaten organisiert, z. B. „Expertenforen“ und „Fachforen“, bei denen Vertreter aus Wissenschaft und Wirtschaft, Gewerkschaften, dem Kultursektor und den Medien eingeladen worden seien, sich mit den Bürgerinnen und Bürgern auszutauschen, sowie eine öffentliche Diskussion mit lokalen und EU-Politikern in einem Einkaufszentrum.

In der Tschechischen Republik fanden Bürgerkonsultationen in Form moderierter Diskussionsrunden und Konferenzen statt, die zumeist von der Regierung und nichtstaatlichen Organisationen veranstaltet wurden (tschechische *Poslanecká sněmovna*, tschechischer *Senát*). Der schwedische *Riksdag* berichtete, dass es auch in Schweden zumeist die schwedische Regierung war, die unterschiedliche Aktivitäten organisiert habe, um die Partizipation, die Kenntnisse und das Engagement in Bezug auf EU-Angelegenheiten zu steigern. Diese Aktivitäten hätten sich an Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte, Journalistinnen und Journalisten, gewählte

Mandatsträgerinnen und Mandatsträger, öffentliche Stellen, Sozialpartner, Gemeinden, Regionen, Hochschulen, Bildungsverbände und Jugendbewegungen gerichtet.

Für das finnische *Eduskunta* war die Bürgerbeteiligung Gegenstand öffentlicher Anhörungen mit einer breiten und offenen Beteiligung, die auch den Einsatz von Online-Foren umfasst habe. Der estnische *Riigikogu* und das dänische *Folketing* erklärten beide, dass ihre jeweiligen Europaausschüsse öffentliche Anhörungen und Debatten organisiert hätten. Das dänische *Folketing* gab an, es habe Deliberationsforen durchgeführt. Desgleichen sei im ungarischen *Országgyűlés* die Frage der Zukunft der EU bei mehreren Sitzungen seines Europaausschusses auf die Tagesordnung gesetzt und somit öffentlich darüber informiert worden. Eine Online-Debatte zur Zukunft der EU habe ebenfalls stattgefunden. Darüber hinaus hätten jährlich direkte Dialoge mit den Bürgerinnen und Bürgern zu EU-Fragen stattgefunden, sogenannte „Nationale Konsultationen“, die erstmals 2010 von der ungarischen Regierung eingeleitet worden seien. Das Ministerium für Auswärtige und Europäische Angelegenheiten der Slowakischen Republik habe eine Reihe von Diskussionsveranstaltungen mit der Bezeichnung „Nationaler Konvent zur Europäischen Union“ organisiert (slowakische *Národná rada*). Die maltesische *Kamra tad-Deputati* erklärte, es seien zwischen Juli und November 2018 vom Lenkungs- und Aktionsausschuss Malta-EU, einer Regierungsstelle, mehrere Veranstaltungen zur Konsultation der Bürgerinnen und Bürger organisiert worden.

Die niederländische Regierung hatte 2018 Forschungsinstitute gebeten, öffentliche Konsultationen zur EU und zur europäischen Agenda durchzuführen. Diese Konsultationen seien in Form von Forschungstätigkeiten, Fragebögen und Bürgerdialogen erfolgt (niederländische *Tweede Kamer* und niederländische *Eerste Kamer*).

In Rumänien wurden zwischen Mai und September 2018 mehrere Konferenzen mit Bürgerbeteiligung organisiert. Die erste Bürgerkonsultation zur Zukunft der EU lautete „Das Europa, das Kinder wollen“ und richtete sich an rumänische Kinder und Jugendliche (rumänische *Camera Deputaților*).

Der litauische *Seimas* gab an, dass in Litauen die Diskussion über die Zukunft der EU in einer Reihe von Formaten organisiert worden sei, darunter als Debatten mit Experten und Vertretern öffentlicher Einrichtungen bei Ausschusssitzungen, als nationale und internationale Konferenzen unter Beteiligung litauischer Bürgerinnen und Bürger sowie als Diskussionsrunden zwischen Parlamentsabgeordneten und ihren Wählern.

Die spanischen *Cortes Generales* gaben an, dass in Spanien zur Frage der Zukunft der EU zwischen 2017 und 2019 zahlreiche Dialoge als Town Hall Meetings mit den Bürgerinnen und Bürgern organisiert worden seien. Seit 2013 habe die Vertretung der Europäischen Kommission in Madrid die Organisation dieser Dialoge kontinuierlich gefördert. Ebenso erklärten die lettische *Saeima*, die luxemburgische *Chambre des Députés*, die portugiesische *Assembleia da República* und die zyprische *Vouli ton Antiprosopon*, dass die Vertretung der Europäischen Kommission in ihren jeweiligen Ländern öffentliche Debatten organisiert habe. Die portugiesische *Assembleia da República* führte hierzu aus, dass Portugal in Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission eine Reihe von Veranstaltungen namens „Bürgerbegegnungen zur Debatte über die Zukunft der Europäischen Union“ organisiert habe („Bürgerbegegnungen“, „Begleitende Veranstaltungen“ und „Europa an Schulen“). Nach Angaben der lettischen *Saeima* hätten Bürgerinnen und Bürger 2018 bei einer Reihe öffentlicher Diskussionen, die sowohl vor Ort als auch online stattfanden, aktiv Vorschläge und Ideen eingebracht, wie sie in Europa leben wollten. Dazu hätten sowohl das

Außenministerium in Kooperation mit nichtstaatlichen Organisationen als auch die Koordinatoren der EU-Informationsstellen landesweit zahlreiche Debatten vorangetrieben und organisiert.

Das Europäische Parlament wies darauf hin, dass es öffentliche Anhörungen zu europäischen Bürgerinitiativen durchgeführt habe. Für die Bürgerinnen und Bürger bestehe auch die Möglichkeit, Petitionen an das Europäische Parlament zu richten und bei regelmäßigen Ad-hoc-Veranstaltungen ihre Ansichten zu äußern, etwa bei Europäischen Jugendevents, bei Eurobarometer-Umfragen und Bürgerforen, bei offenen Konsultationen zur regulären Rechtsetzung und bei von Europäischer Kommission und Mitgliedstaaten organisierten Bürgerdialogen und Bürgerkonsultationen, an denen Mitglieder des Europäischen Parlaments teilnahmen.

Im Anschluss an die Vorlage des „Weißbuchs zur Zukunft Europas“ hätten in Griechenland eine über die Parlamentswebsite geförderte öffentliche Debatte und entsprechende Aussprachen in Ausschusssitzungen der *Vouli ton Ellinon* stattgefunden. Das Parlament habe eine Ausschusskonferenz zur Zukunft der EU ausgerichtet, an der Wissenschaftler, Diplomaten, gesellschaftliche Akteure und Mitglieder des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) sowie Vertreter der Fraktionen teilgenommen hätten.

Mit Blick auf die bevorstehende Konferenz zur Zukunft Europas verwiesen der österreichische *Nationalrat* und *Bundesrat* auf den im Juli 2020 auf Regierungsebene lancierten „Österreich-Dialog zur EU“, bei dem alle Österreicher aufgerufen waren, Ideen zu EU-Themen einzubringen. Die belgische *Chambre des représentants* verwies auf die Pläne des Außenministeriums, das Vorbereitungstreffen mit Vertretern aus Kultur und Hochschulen durchführe. Der Europaausschuss des italienischen *Senato della Repubblica* habe ein Dokument verabschiedet, das als Beitrag dienen solle, die Haltung Italiens zur Konferenz zur Zukunft Europas zu formulieren; darin sei erklärt, wie wichtig es sei, erstens bei der Debatte über die Zukunft Europas eine stärkere Bürgerbeteiligung vorzusehen, u. a. durch den Einsatz moderner Technologien und von Social Media, und zweitens häufiger auf Bürgerinitiativen zurückzugreifen und zu sondieren, inwieweit im Hinblick auf EU-Entscheidungen bestimmte Formen der Direktbeteiligung möglich wären, beispielsweise durch Referenden.

1.1.b Auf die Frage, welche Erfahrungen die Parlamente/Kammern mit den oben genannten Formaten gewonnen hätten, gab eine erhebliche Zahl von ihnen an, dass die Erfahrungen positiv gewesen seien, wobei das dänische *Folketing* betonte, dass die teilnehmenden Bürger und Abgeordneten die Debatten begeistert aufgenommen hätten und sie von beiden Seiten als bereichernd empfunden worden seien. Die griechische *Vouli ton Ellinon*, die slowakische *Národná rada* und die rumänische *Camera Deputaţilor* unterstrichen die lebhafteste und aktive Beteiligung, während der deutsche *Bundesrat* betonte, dass die übergeordnete Frage (d. h. „In was für einer EU wollen wir in Zukunft leben?“) zu einer konstruktiven und zukunftsorientierten Diskussion geführt habe. Die Formate hätten zudem gezeigt, dass genügend Raum für Fragen und Meinungsäußerungen der Bürgerinnen und Bürger für einen fruchtbaren und zufriedenstellenden Austausch eminent wichtig sei. Das dänische *Folketing* fügte hinzu, dass der Zweck öffentlicher Anhörungen eher darin bestehe, in eine Diskussion einzutreten und für europapolitische Fragen zu sensibilisieren, als konkrete Ergebnisse in Form schriftlicher Beschlüsse vorzulegen

Einige Parlamente/Kammern erklärten, dass es zu keinen Ergebnissen gekommen sei (polnischer *Senat*, tschechische *Poslanecká sněmovna*, zyprische *Vouli ton Antiprosopon*) oder dass eine Antwort

nicht möglich sei (belgischer *Sénat*, belgische *Chambre des représentants*, kroatischer *Hrvatski sabor*).

Einige Parlamente/Kammern stellten klar, dass die erwähnten Aktivitäten ohne ihre direkte Mitwirkung durchgeführt worden seien (maltesische *Kamra tad-Deputati*, niederländische *Eerste Kamer*, niederländische *Tweede Kamer*, schwedischer *Riksdag*, spanische *Cortes Generales*, tschechischer *Senát*), während andere präzisierten, dass die genannten Aktivitäten von der Regierung organisiert worden seien (niederländische *Eerste Kamer*, niederländische *Tweede Kamer*, schwedischer *Riksdag*, spanische *Cortes Generales*, tschechischer *Senát*).

Der tschechische *Senát* bemerkte, einem Bericht der tschechischen Regierung zufolge hätten die Bürgerinnen und Bürger betont, dass die EU das Subsidiaritätsprinzip achten solle. Auch hätten sie den Wunsch nach mehr Informationen zum Ausdruck gebracht, und dass die EU ihre Vorschläge und Maßnahmen besser erläutern solle. Der niederländischen Regierung zufolge zeigten die Ergebnisse, dass die EU-Mitgliedschaft bei den Bürgerinnen und Bürgern breite Unterstützung finde (niederländische *Eerste Kamer*). Gleichwohl erwarteten die Bürgerinnen und Bürger auch eine Verbesserung der Arbeitsweise der EU. Die Konsultationen hätten außerdem gezeigt, dass sich die EU nach Ansicht der niederländischen Befragten auf allgemeine, grenzübergreifende Fragen wie Einwanderung, Klima, internationale Kriminalität sowie die Reduzierung der Kosten der EU und die Bekämpfung der Verschwendung konzentrieren solle (niederländische *Eerste Kamer* und niederländische *Tweede Kamer*). Auch nach Ansicht des *Deutschen Bundestages* habe sich trotz einiger Kritikpunkte ein überwiegend positives Bild von Europa ergeben, wobei klar sei, dass die meisten Bürgerinnen und Bürger in einer großen Zahl von Politikbereichen einen Ausbau der europäischen Integration befürworteten und gesamteuropäische Lösungen nationalen Alleingängen vorzögen. Nach Aussage der rumänischen *Camera Deputaţilor* waren die Erfahrungen in Rumänien ähnlich. Die Ergebnisse hätten gezeigt, dass die Rumäninnen und Rumänen sich ein stärkeres Engagement ihres Landes in EU-Angelegenheiten wünschten. Die Debatten mit Bürgerinnen und Bürgern aus dem ganzen Land hätten gezeigt, dass Rumäniens EU-Mitgliedschaft positiv wahrgenommen werde und das auf gemeinsamen Werten basierende europäische Projekt breite Unterstützung genieße.

Der estnische *Riigikogu* erklärte, dass die vorgenannten Diskussionen eine begriffliche Grundlage bildeten und dazu beitragen, wie das Thema „Zukunft Europas“ vorangebracht werden könne. Der slowenische *Državni zbor* gab an, dass in der Staatsversammlung zu verschiedenen EU-Themen öffentliche Anhörungen organisiert worden seien.

Der französische *Sénat* erklärte, dass in Frankreich zu jeder der genannten Begegnungen ein Bericht erstellt worden sei, der der Nationalen Kommission für Öffentliche Debatte (CNDP) übermittelt worden sei, die wiederum eine für die Öffentlichkeit bestimmte Zusammenfassung erstellt habe. Die Schlussfolgerungen seien am 4. Dezember 2018 der französischen Regierung übermittelt worden. Seit Januar 2020 seien 46 Petitionen eingereicht worden, wovon jedoch keine die Schwelle von 100.000 Unterschriften erreicht habe. Die französische *Assemblée nationale* fügte hinzu, dass dies eine Gelegenheit gewesen sei, Parlamentarier an der Diskussion über die Zukunft Europas zu beteiligen.

Im litauischen *Seimas* wurde eine gesonderte Arbeitsgruppe eingesetzt, um die Ergebnisse der Diskussion über die Zukunft der EU zusammenzufassen. Darüber hinaus hätten der Europaausschuss

und der Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten den Entwurf einer Stellungnahme zur Bewertung der Vorschläge zur Zukunft der EU und der Interessen der Republik Litauen angenommen.

Nach Angaben des ungarischen *Országgyűlés* hätten die nationalen Konsultationen in Ungarn zu lebhaften parlamentarischen Debatten und ganz allgemein zu einer intensiven öffentlichen Diskussion beigetragen; die Ergebnisse hätten die notwendige politische Unterstützung für regierungsseitige Initiativen und Maßnahmen geliefert. Die Konferenzen hätten zur Meinungsbildung und Kanalisierung der Querschnittsthemen der Konferenz zur Zukunft Europas beigetragen.

Die portugiesische *Assembleia da República* gab ebenfalls eine positive Rückmeldung und verwies unter anderem auf die Förderung öffentlicher Debatten und die Einsetzung eines parlamentarischen Ad-hoc-Ausschusses, der den Prozess zur Festlegung der Strategie „Portugal 2030“ überwachen solle. Auf internationaler Ebene habe die portugiesische *Assembleia da República* an einem interparlamentarischen Treffen zum Thema „Bürgerkonsultationen“ teilgenommen.

Das Europäische Parlament erklärte, der Ausschuss für konstitutionelle Fragen (AFCO) habe einen Meinungs austausch mit dem Ratsvorsitz im April 2019, der Europäischen Kommission, dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) und dem Ausschuss der Regionen über Erkenntnisse und Empfehlungen mit Blick auf ihre jeweiligen Aktivitäten und Berichte zu Bürgerdialogen und -konsultationen zur Zukunft Europas geführt, und erörtert, wie solche Aktivitäten dauerhaft und langfristig etabliert werden könnten.

1.1.c Auf die Frage, ob diese Ergebnisse in ihrem Staat umgesetzt worden seien, z. B. in Form einer gesetzgeberischen Maßnahme, einer Kommunikationsstrategie oder in anderer Weise, antwortete die Mehrheit (20 von 31 Parlamenten/Kammern), dass dies nicht der Fall sei, während die restlichen 11 dies bejahten.

Einige derjenigen, die die Frage bejahten, führten aus, dass die Ergebnisse in manchen Fällen in Legislativmaßnahmen mündeten (französischer *Sénat*, ungarisches *Országgyűlés*) oder die zum Ausdruck gebrachten Meinungen zumindest zur Kenntnis genommen und in den Gesetzgebungsprozess einbezogen worden seien (griechische *Vouli ton Ellinon*, rumänische *Camera Deputa ilor*, slowenischer *Državni zbor*). Der slowenische *Državni zbor* fügte außerdem hinzu, dass ein Arbeitsorgan öffentliche Anhörungen organisieren und Experten einladen könne. Das Europäische Parlament nahm 2020 zwei Entschließungen zur Konferenz zur Zukunft Europas an.

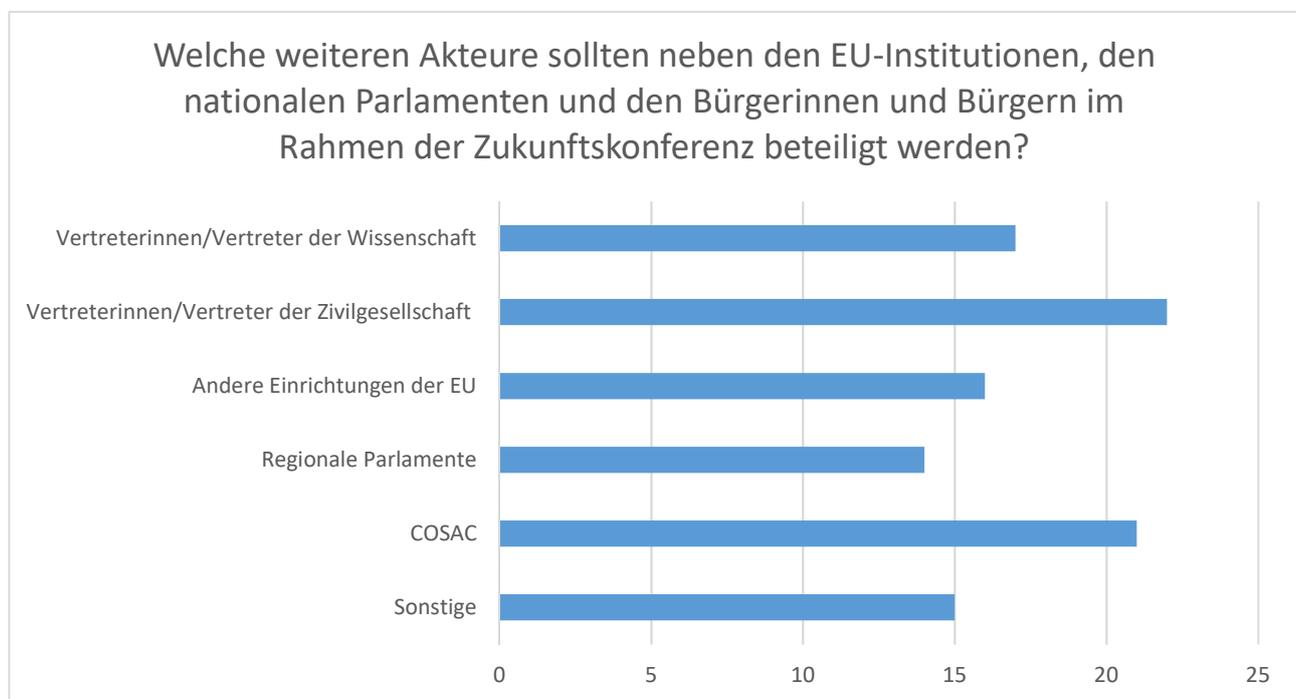
Nach Aussage des litauischen *Seimas* schlugen sich einige Vorgaben aus den oben genannten Dokumenten in den litauischen Verhandlungspositionen im Rat der EU nieder.

Von der niederländischen Regierung wurden die Ergebnisse der Konsultationen in ihre Verhandlungsstrategie für die Agenda der EU-Führungsspitzen, die informelle Ratstagung 2019 in Sibiu und in ihr Strategiepapier „Lage der Europäischen Union“ einbezogen (niederländische *Eerste Kamer*, niederländische *Tweede Kamer*). Ebenso erklärten sowohl die maltesische *Kamra tad-Deputati* als auch der rumänische *Senat*, dass das Ziel dieser Konsultationen darin bestanden habe, bei der Informellen Tagung der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union am 9. Mai 2019 in Sibiu einen Diskussionsbeitrag zu leisten.

Der deutsche *Bundesrat* erklärte, dass die Beiträge aus dem Bürgerdialog zusammengefasst worden seien und als Grundlage für das Europa-Leitbild einer Landesregierung dienten, welches öffentlich vorgestellt und veröffentlicht worden sei.

Die Aktivitäten der schwedischen Regierung zur Steigerung der Partizipation in der EU hätten von Fall zu Fall unterschiedliche Resultate hervorgebracht (schwedischer *Riksdag*). So hätten sich die Teilnehmer beispielsweise dafür einsetzen können, die Kenntnisse über die EU innerhalb ihrer Organisation zu verbessern oder über ihre EU-bezogenen Aktivitäten umfassender zu informieren. Die lettische *Saeima* nutzte die Ergebnisse im Rahmen eines öffentlichen Dialogs über die konkreten politischen Themen.

1.2.a Die Mehrzahl der befragten Parlamente/Kammern (22 von 34 Antworten) war der Auffassung, dass Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft (z. B. nichtstaatliche Organisationen, Kulturschaffende, Vereine) neben den EU-Institutionen, den nationalen Parlamenten und den Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen der Zukunftskonferenz beteiligt werden sollten. Die Einbeziehung der COSAC wurde von 21 Befragten befürwortet, während sich 17 Parlamente/Kammern außerdem für eine Beteiligung von Vertretern aus der Wissenschaft aussprachen. Für die Einbeziehung von EU-Organen (z. B. des Ausschusses der Regionen oder des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses) plädierten 16 Befragte, während die Einbeziehung regionaler Parlamente von 14 Parlamenten/Kammern gefordert wurde.



Auf die Frage nach weiteren Akteuren, deren Beteiligung unter Umständen wünschenswert sei, nannten vier Parlamente/Kammern insbesondere die Jugend (belgischer *Sénat*, *Deutscher Bundestag*, finnisches *Eduskunta*, österreichischer *Nationalrat* und *Bundesrat*).

Einige Parlamente/Kammern empfahlen die Beteiligung lokaler und regionaler Mandatsträger und Behörden (finnisches *Eduskunta*, französischer *Sénat*, griechische *Vouli ton Ellinon*, lettische *Saeima*, portugiesische *Assembleia da República*, schwedischer *Riksdag*).

Das dänische *Folketing* betonte, dass alle Teile der Gesellschaft in die Debatten und Veranstaltungen einbezogen werden müssten, und fügte hinzu, dass die nationalen Parlamente bei der Organisation der Konferenz und der Erarbeitung von Schlussfolgerungen gleichberechtigt mit den EU-Institutionen eingebunden werden sollten. Der litauische *Seimas* verwies ebenfalls auf die Beteiligung von Vertretern der nationalen Parlamente und erklärte, dass sie in das Leitungsgremium der

Konferenz eingebunden werden sollten. Nach Auffassung der lettischen *Saeima* wäre der Dreivorsitz des Rates der EU bei der COSAC-Konferenz am ehesten geeignet, sie im Leitungsgremium der Konferenz zu vertreten.

Die rumänische *Camera Deputa ilor* äußerte den Wunsch, dass die Wirtschaft in die Konferenz zur Zukunft Europas einbezogen werden sollte, während die zyprische *Vouli ton Antiprosopon* auch die Gewerkschaften erwähnte.

Das Europäische Parlament betonte, dass es sich bei der Konferenz um einen offenen, transparenten und partizipativen Prozess handeln sollte, in den Bürgerinnen und Bürger, Zivilgesellschaft und eine Reihe von Interessenvertretern auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene einbezogen werden sollten. In seiner Entschließung vom 15. Januar 2020 schlug das Europäische Parlament vor, dass der Prozess von mehreren Gremien mit festgelegten bzw. Ad-hoc-Zuständigkeiten geleitet werde, und formulierte einen konkreten Vorschlag zur Zusammensetzung der Plenarversammlung der Konferenz (höchstens 135 Mitglieder des Europäischen Parlaments, Vertretung des Rates, zwei bis vier Mitglieder pro mitgliedstaatlichem Parlament); darüber hinaus sollten zivilgesellschaftliche Organisationen und weitere Experten von nichtstaatlichen Organisationen, Hochschulen und Forschungszentren aufgefordert werden, zum Fortgang der Konferenz auf den verschiedenen Ebenen beizutragen. Vertreter der EU-Bewerberländer sollten in die Diskussionen ebenfalls einbezogen werden.

1.2.b Alle 28 Parlamente/Kammern, die Angaben dazu machten, teilten die Auffassung, dass im Rahmen der Konferenz dezentrale Veranstaltungen oder Aktivitäten in den Mitgliedstaaten und ihren Regionen stattfinden sollten.

Auf die Frage, in welchem Umfang die Ergebnisse in die Konferenz einfließen sollten, betonten viele Parlamente/Kammern, dass dezentrale Veranstaltungen einen der Eckpfeiler der Konferenz bilden sollten (bulgarisches *Narodno sabranie*, deutscher *Bundesrat*, französische *Assemblée Nationale*, maltesische *Kamra tad-Deputati*, polnischer *Senat*, rumänische *Camera Deputa ilor*, ungarisches *Országgyűlés*).

Der polnische *Senat* schlug vor, dass die Ergebnisse der verschiedenen dezentralen Veranstaltungen von den EU-Institutionen bei der Erarbeitung künftiger Empfehlungen berücksichtigt werden sollten. Der deutsche *Bundesrat* forderte die Einrichtung eines Feedback-Mechanismus, um sicherzustellen, dass die auf der Konferenz geäußerten Ideen weiterverfolgt würden. Sowohl der deutsche *Bundesrat* als auch die französische *Assemblée Nationale* vertraten ferner die Auffassung, dass die Debatte auf allen maßgeblichen Ebenen in konkrete Maßnahmen münden solle, die von der Konferenz in vollem Umfang einzubeziehen wären. Der deutsche *Bundesrat* ging in seinem Vorschlag noch weiter und vertrat die Ansicht, dass während jeder turnusmäßigen Ratspräsidentschaft eine Veranstaltung außerhalb der Hauptstädte stattfinden solle, um den lokalen Charakter der Konferenz zu unterstreichen. Der Auswärtige Ausschuss des schwedischen *Riksdag* bemerkte, dass die Konferenz Gelegenheit bieten könne, über die Dialoge mit den Bürgerinnen und Bürgern einige Gedanken und Ideen aufzunehmen und herauszuarbeiten, wie die strategische Agenda der EU weiter transportiert werden könne.

Vonseiten der griechischen *Vouli ton Ellinon* hieß es dagegen, die Ergebnisse und Feststellungen dezentraler Veranstaltungen könnten – wenngleich sie nützlich seien – nicht verbindlich sein, sollten aber dennoch an die Hauptveranstaltungen übermittelt werden und in die Debatte einfließen. Der

Deutsche Bundestag und die maltesische *Kamra tad-Deputati* teilten die Auffassung, dass die Ideen systematisch geordnet und entsprechend ihrer Thematik so umfassend wie möglich im Plenum der Konferenz behandelt werden sollten. Der belgische *Sénat* wies darauf hin, dass sich bei jeder Aktivität bestimmte Erkenntnisse ergeben könnten, die dem Lenkungsausschuss der Konferenz zugeleitet werden sollten, um sie in die Schlussfolgerungen der Konferenz zu integrieren.

Der französische *Sénat* wie auch das finnische *Eduskunta* hatten sich zu dieser Frage noch nicht offiziell positioniert, befürworteten aber die Durchführung dezentraler Veranstaltungen.

Der slowenische *Državni zbor* und der estnische *Riigikogu* schlugen vor, dass der jeweilige Mitgliedstaat und das zuständige Gremium der Konferenz entscheiden sollten, wie und in welchem Maße die erhaltenen Anregungen berücksichtigt würden.

Einige Parlamente/Kammern erklärten, dass aus den Aktivitäten Dokumente hervorgehen und den Teilnehmern zur Verfügung gestellt werden sollten (belgische *Chambre des représentants*, luxemburgische *Chambre des Députés*, portugiesische *Assembleia da República*, rumänische *Camera Deputa ilor*, tschechische *Poslanecká sn movna*), wobei die tschechische *Poslanecká sn movna*, die rumänische *Camera Deputa ilor*, die portugiesische *Assembleia da República* und die luxemburgische *Chambre des Députés* vorschlugen, dass das Ergebnis im Wege von Berichten über die Veranstaltungen in die Konferenz einfließen solle. Der rumänische *Senat* sprach sich für ein Ergebnis in Form von Beiträgen, Anregungen oder Empfehlungen aus, während der italienische *Senato della Repubblica* vorschlug, dass jede Veranstaltung mit einer Erklärung enden solle, die der Konferenz übermittelt werde. Die zyprische *Vouli ton Antiprosopon* äußerte den Gedanken, dass die nationalen Parlamente und/oder die EU-Vertretungen den Prozess unterstützen könnten und dass eine Sammlung der Ergebnisse auf nationaler Ebene an die Konferenz weitergeleitet werden könne.

Das Europäische Parlament schlug vor, dass im Verlauf der gesamten Konferenz an verschiedenen Orten der Union mehrere thematische Bürgerforen veranstaltet werden, die die politischen Prioritäten widerspiegeln, um so für die Plenarversammlung der Konferenz Denkanstöße zu liefern. Bürgerforen sollten sich um eine einvernehmliche Einigung bemühen, und wenn dies nicht möglich sei, könne eine Minderheitenansicht geäußert werden. Die lettische *Saeima* war ebenfalls der Auffassung, dass der Inhalt der Veranstaltungen mit der Konferenz verknüpft sein solle, sodass das Resümee und die Lehren aus den einzelnen Veranstaltungen zur Konferenz beitragen könnten. Es solle ein solider Rahmen geschaffen werden, um sicherzustellen, dass die Ergebnisse der an der Basis stattfindenden Veranstaltungen in die zentrale Veranstaltung einfließen.

Der österreichische *Nationalrat* und *Bundesrat* regten an, die Gesamtergebnisse auf EU-Ebene zu erörtern und dabei die Gegebenheiten der Verträge zu berücksichtigen.

1.2.c Bei der Frage, welche Formate sich für die in den Mitgliedstaaten durchgeführten Veranstaltungen anbieten, verwiesen die Parlamente/Kammern vorwiegend auf die Bedeutung digitaler Plattformen, um die Reichweite der Konferenz zu vergrößern, insbesondere angesichts der aktuellen Pandemielage.

In diesem Zusammenhang sprachen sich 14 Parlamente/Kammern für Videokonferenzen aus (belgischer *Sénat*, *Deutscher Bundestag*, deutscher *Bundesrat*, estnischer *Riigikogu*, griechische *Vouli ton Ellinon*, italienische *Camera dei deputati*, luxemburgische *Chambre des Députés*, maltesische *Kamra tad-Deputati*, österreichischer *Nationalrat* und *Bundesrat*, polnischer *Senat*, portugiesische *Assembleia da República*, rumänische *Camera Deputa ilor*, rumänischer *Senat*,

ungarischer *Országgyűlés*) und 13 Parlamente/Kammern empfahlen Online-Fragebögen (belgischer *Sénat*, bulgarische *Narodno sabranie*, estnischer *Riigikogu*, französische *Assemblée nationale*, griechische *Vouli ton Ellinon*, luxemburgische *Chambre des Députés*, maltesische *Kamra tad-Deputati*, österreichischer *Nationalrat* und *Bundesrat*, polnischer *Senat*, rumänischer *Senat*, slowenischer *Državni zbor*, tschechische *Poslanecká sn movna*, ungarischer *Országgyűlés*).

Das Europäische Parlament betonte, dass Konsultationen unter Nutzung der effizientesten, innovativsten und geeignetsten Plattformen einschließlich Online-Instrumenten organisiert werden sollten. Ebenso unterstrich auch das finnische *Eduskunta*, dass der Einsatz digitaler Anwendungen sehr wichtig sei. Seiner Auffassung nach sei eine offene, transparente und umfassende Kommunikation und Durchführung der Konferenz eminent wichtig. Die Organisation solle so schlank und effizient wie möglich sein, wobei auf bereits bestehende Strukturen, Verfahren und Programme zurückgegriffen werden solle. In diesem Zusammenhang regte das Europäische Parlament an, bestehende und neue Kommunikationsinstrumente für die digitale und physische Beteiligung von den drei Organen untereinander zu koordinieren.

Die französische *Assemblée nationale* betonte gleichwohl, dass die digitale Kluft nicht ignoriert werden dürfe, und forderte deshalb, die Debatten als Präsenzveranstaltungen durchzuführen, wenngleich in kleinem Rahmen.

Moderierte Diskussionsrunden unter Beteiligung politischer Mandatsträger wurden von 13 Parlamenten/Kammern empfohlen, solange dies die Situation in Bezug auf die Pandemie zulasse (belgischer *Sénat*, bulgarische *Narodno sabranie*, dänisches *Folketing*, estnischer *Riigikogu*, italienische *Camera dei deputati*, luxemburgische *Chambre des Députés*, österreichischer *Nationalrat* und *Bundesrat*, polnischer *Senat*, portugiesische *Assembleia da República*, rumänischer *Senat*, slowakische *Národná rada*, tschechische *Poslanecká sn movna*, zyprische *Vouli ton Antiprosopon*). Einige Befragte erachteten Town Hall Meetings als ein weiteres mögliches Format (bulgarische *Narodno sabranie*, dänisches *Folketing*, *Deutscher Bundestag*, österreichischer *Nationalrat* und *Bundesrat*, rumänischer *Senat*).

Der schwedische *Riksdag* unterstützte ausdrücklich das Ziel der Kommission, alle Bürgerinnen und Bürger durch ein offenes und integratives Konzept dazu zu animieren, sich einzubringen, und fügte hinzu, dass der Schwerpunkt auf Partizipation und bürgerschaftlichem Engagement auf nationaler Ebene liegen solle. Befürwortet wurde dies auch vom italienischen *Senato della Repubblica*, der die Bedeutung dezentraler Veranstaltungen unterstrich, um die Bürgerinnen und Bürger vor Ort einzubinden.

Die belgische *Chambre des représentants* erklärte schließlich, dass dies nach Maßgabe der verfügbaren Mittel entschieden werden solle, während der französische *Sénat* betonte, dass alle Formen der Debatte denkbar seien, ihre Durchführung aber vor allem von der gesundheitlichen Situation abhängen.

Einige Parlamente/Kammern erklärten, dass sie keinen Standpunkt zu dieser Frage hätten (tschechischer *Senat*) und/oder dass die Frage noch nicht erörtert worden sei (dänisches *Folketing*, litauischer *Seimas*, spanische *Cortes Generales*).

Agenda-Setting

1.3 Bei der Frage, welche drei Themen bei der Konferenz behandelt werden sollten, rangierten institutionelle Aspekte an erster Stelle – sie wurden von 12 der 36 antwortenden Parlamente/Kammern genannt. Die bessere Einbindung nationaler Parlamente in die Entscheidungsprozesse der EU-Organe wurde von der bulgarischen *Narodno sabranie*, dem dänischen *Folketing*, dem deutschen *Bundesrat*, dem polnischen *Senat* und der zyprischen *Vouli ton Antiprosopon* erwähnt, wobei mehrere Parlamente/Kammern konkret auf den Aspekt der Transparenz verwiesen (dänisches *Folketing*, estnischer *Riigikogu*, italienische *Camera dei deputati*, tschechische *Poslanecká sn movna*). Im gleichen Zusammenhang unterstrich die französische *Assemblée nationale* die Bedeutung interparlamentarischer Beziehungen. Sowohl der österreichische *Nationalrat* und *Bundesrat* als auch der deutsche *Bundesrat* warfen die Frage der Kompetenzverteilung zwischen der Europäischen Union und den Mitgliedstaaten auf. Der österreichische *Nationalrat* und *Bundesrat* und der *Deutsche Bundestag* hoben das Initiativrecht des Europäischen Parlaments hervor, wobei der *Deutsche Bundestag* ferner auf die Frage der länderübergreifenden Listen und des Spitzenkandidatenprinzips verwies. Sowohl der österreichische *Nationalrat* und *Bundesrat* als auch der italienische *Senato della Repubblica* schlugen vor, die Möglichkeit zu prüfen, in Bereichen wie der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) mehr Entscheidungen auf Basis einer qualifizierten Mehrheit zu treffen. Die Frage einer breiteren Beteiligung der Zivilgesellschaft und der Bürgerinnen und Bürger an den Entscheidungsprozessen wurde explizit vom österreichischen *Nationalrat* und *Bundesrat*, dem polnischen *Senat*, der rumänischen *Camera Deputa ilor* und der tschechischen *Poslanecká sn movna* erwähnt.

Neben institutionellen Aspekten wurden der ökologische Wandel (10 von 36 Parlamenten/Kammern), Rechtsstaatlichkeit (8 von 36) sowie Krisenbewältigung und digitale Innovationen und Kompetenzen (jeweils 7 von 36 Antworten) genannt. Dass es wichtig sei, gesundheitsbezogene Fragestellungen anzugehen, wurde von sechs von 36 Parlamenten/Kammern erwähnt. Die spanischen *Cortes Generales* betonten, dass Gesundheitsfragen bei der Konferenz einen wichtigen Schwerpunkt bilden sollten. Der belgische *Sénat* vertrat die Ansicht, dass die Pandemie eine Anfälligkeit offenbare, der die meisten Mitgliedstaaten im Hinblick auf Gesundheitsfragen ausgesetzt seien und die zu einem uneinheitlichen Umgang mit der Krise geführt habe. Der *Deutsche Bundestag* schlug in diesem Zusammenhang vor, über einen Ausbau des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) zu beraten. Die Stärkung des europäischen Binnenmarktes und die Behandlung von Wirtschafts- und Beschäftigungsfragen einschließlich einer stabilen Finanzpolitik und gerechter Besteuerung sowie soziale Gerechtigkeit und Gleichstellung waren zwei Themen, die von sechs der 36 Parlamente/Kammern als wichtig erachtet wurden. Die griechische *Vouli ton Ellinon* betonte, dass dem Thema Jugendarbeitslosigkeit in dieser Hinsicht besondere Beachtung geschenkt werden sollte.

Nach Auffassung von vier Parlamenten/Kammern sollten europäische Werte, Grundrechte und Grundfreiheiten im Rahmen der Konferenz zur Sprache gebracht werden (portugiesische *Assembleia da República*, schwedischer *Riksdag*, zyprische *Vouli ton Antiprosopon*, Europäisches Parlament), während weitere vier Parlamente/Kammern der Ansicht waren, Europas Rolle in der Welt solle thematisiert werden (estnischer *Riigikogu*, österreichischer *Nationalrat* und *Bundesrat*, spanische *Cortes Generales*, Europäisches Parlament).

Der litauische *Seimas*, der schwedische *Riksdag* und die slowakische *Národná rada* betonten, dass die strategische Agenda 2019-2024 des Europäischen Rates der Konferenz zur Zukunft Europas als Orientierung dienen sollte. Der litauische *Seimas* ergänzte, dass Änderungen an den Verträgen nicht Ziel der Konferenz sein sollten.

Drei Parlamente/Kammern identifizierten Migration als ein Thema, das im Rahmen der Konferenz behandelt werden sollte (griechische *Vouli ton Ellinon*, österreichischer *Nationalrat* und *Bundesrat* und portugiesische *Assembleia da República*).

Mehrere Parlamente/Kammern nannten weitere Themen:

-)] Demografische Trends in Europa (slowenischer *Državni zbor*, ungarischer *Országgyűlés*);
-)] Bildung und Forschung (maltesische *Kamra tad-Deputati*, rumänische *Camera Deputa ilor*);
-)] Lehren aus dem Brexit (niederländische *Tweede Kamer*);
-)] Erweiterung (ungarischer *Országgyűlés*);
-)] Schutz der europäischen Kultur und der nationalen Identität (ungarischer *Országgyűlés*);
-)] Modelle der Zusammenarbeit mit Nachbarstaaten der EU (polnischer *Senat*).

Der polnische *Sejm* fügte hinzu, dass sich die Konferenz nicht auf vorab festgelegte Themen beschränken, sondern während des gesamten Prozesses für Ergänzungen offen sein sollte.

Fünf Parlamente/Kammern gaben an, sie hätten keinen offiziellen Standpunkt dazu, welche Themen behandelt werden sollten.

1.4 Eine große Mehrheit der Parlamente/Kammern (22 von 28) stimmte zu, dass die Konferenz in der Lage sein sollte, zusätzlich zu dem in der Gemeinsamen Erklärung der europäischen Institutionen festgelegten thematischen Rahmen weitere Themen auf die Agenda zu setzen. Sechs Parlamente/Kammern waren nicht dieser Ansicht.

1.5.a Eine Mehrheit der Parlamente/Kammern (20 von 30) vertrat die Auffassung, dass sich die Konferenz mit institutionellen Fragen befassen sollte. Zehn Parlamente/Kammern sprachen sich dagegen aus. Danach befragt, welche institutionellen Aspekte konkret erörtert werden sollten, nannten sieben der dies befürwortenden Parlamente/Kammern die Rolle der nationalen Parlamente im Entscheidungsprozess. In diesem Zusammenhang erhob der deutsche *Bundesrat* erneut die Forderung, die Frist für begründete Stellungnahmen zur Nichtkonformität von Vorschlägen für Rechtsakte auszuweiten. Die zyprische *Vouli ton Antiprosopon* empfahl, die nationalen Parlamente im Vorfeld der Ratstagungen zu konsultieren. Sechs Parlamente/Kammern waren der Meinung, dass die Organisationsstruktur der EU-Agenturen tiefgreifender Reformen bedürfe. In diesem Zusammenhang verwies die rumänische *Camera Deputa ilor* auf die ausufernde Zunahme von Indikatoren, während die tschechische *Poslanecká sn movna* auf den Widerstreit zwischen politischer und exekutiver Macht bei der Europäischen Kommission und deren möglichen Grenzen aufmerksam machte. Das Europäische Parlament und die italienische *Camera dei deputati* erachteten es als wichtig, die Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion zu thematisieren.

Das Spitzenkandidaten-System und die länderübergreifenden Listen wurden von jeweils sechs Parlamenten/Kammern erwähnt. Der schwedische *Riksdag* wies darauf hin, dass der Rat 2018 den

Vorschlag des Europäischen Parlaments für ein stärker institutionalisiertes Spitzenkandidatenverfahren verbunden mit länderübergreifenden Listen infrage kommender Bewerber abgelehnt habe. Vier Parlamente/Kammern sprachen sich dafür aus, die allgemeine Passerelle-Klausel zu aktivieren, um das Beschlussfassungsverfahren zu vereinfachen, und drei Parlamente/Kammern befürworteten die Einführung einer Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit im Rat. Der österreichische *Nationalrat* und *Bundesrat* betonten, dass Vertragsänderungen zu institutionellen Aspekten ohne Einschränkungen erörtert werden müssten. Das Initiativrecht des Europäischen Parlamentes wurde sowohl vom österreichischen *Nationalrat* und *Bundesrat* als auch vom *Deutschen Bundestag* zur Sprache gebracht.

1.5.b Auf die Frage, ob bei den Debatten die bestehenden Verträge die Grenze bilden sollten, womit eine Vertragsänderung ausgeschlossen wäre, antwortete die Mehrheit der Parlamente/Kammern (19 von 27) ablehnend, während sich acht dafür aussprachen.

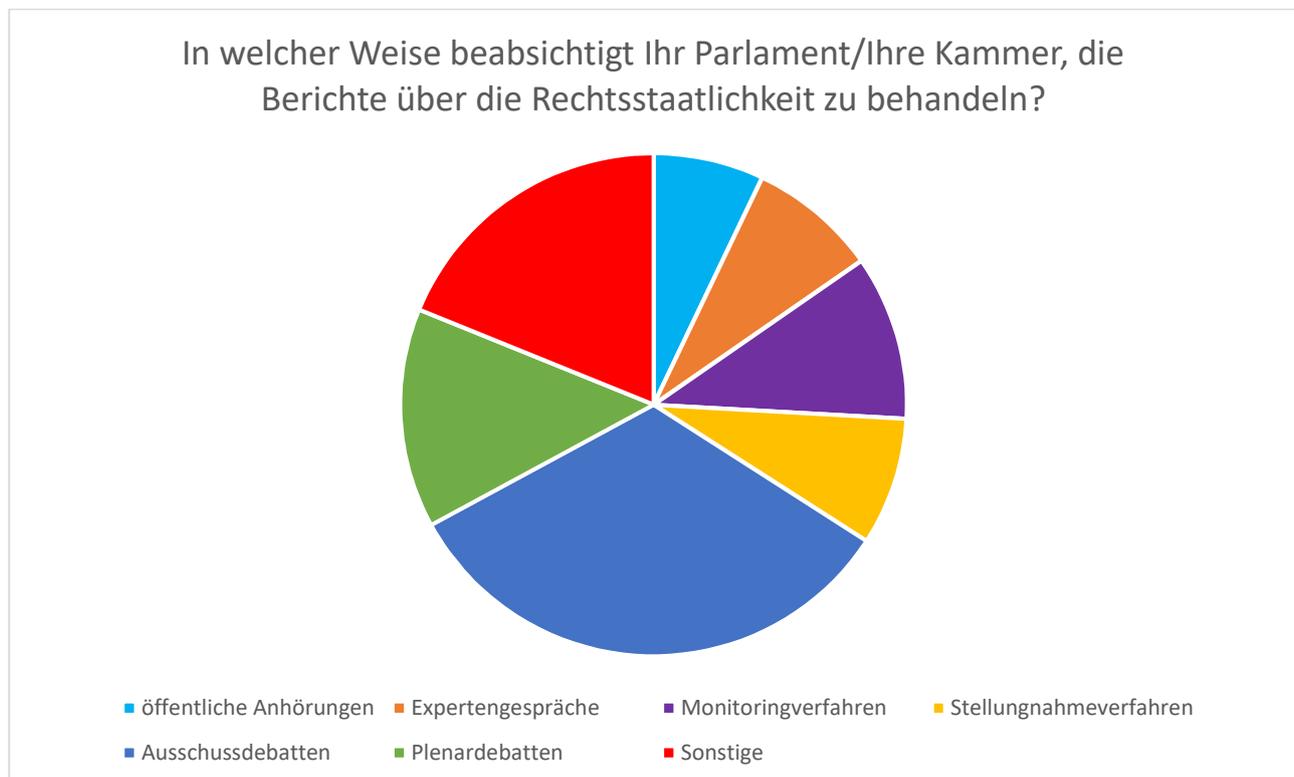
Sofern die Erwägung von Vertragsänderungen befürwortet wurde, äußerten sieben von 27 Parlamenten/Kammern den Wunsch, die Rolle der nationalen Parlamente bei der Beschlussfassung zu stärken. In diesem Zusammenhang hielten es sowohl der deutsche *Bundesrat* als auch der ungarische *Országgyűlés* für notwendig, die Frist für begründete Stellungnahmen auf 12 Wochen auszudehnen. Die tschechische *Poslanecká sněmovna* betonte, dass es zu den begründeten Stellungnahmen ein Feedback der Europäischen Kommission geben müsse. Der ungarische *Országgyűlés* und der polnische *Senat* empfahlen die Einführung des „Rote-Karte“- bzw. „Grüne-Karte“-Verfahrens.

Eine Reihe von Parlamenten/Kammern führte weitere Bereiche an, die von etwaigen Vertragsänderungen profitieren könnten:

-) zusätzliche Befugnisse für die Bewältigung grenzüberschreitender Krisen, insbesondere in Bezug auf gesundheitliche Bedrohungen (belgischer *Sénat*, Europäisches Parlament); das Europäische Parlament führte aus, dass neue und verstärkte Instrumente notwendig seien, damit die Union unverzüglich tätig werden und die Reaktion auf EU-Ebene koordinieren könne, die erforderlichen Ressourcen, unabhängig davon, ob materieller oder finanzieller Art, dahin zu leiten, wo sie am dringendsten benötigt würden, und die Erhebung hochwertiger, standardisierter Daten zu ermöglichen;
-) Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit im Europäischen Rat (österreichischer *Nationalrat* und *Bundesrat* sowie tschechischer *Senát*); österreichischer *Nationalrat* und *Bundesrat* verwiesen dabei ausdrücklich auf das Artikel 7-Verfahren;
-) ein einziger Sitz für das Europäische Parlament (österreichischer *Nationalrat* und *Bundesrat*);
-) Nichtbeistandsklausel (österreichischer *Nationalrat* und *Bundesrat*);
-) Migration (zyprische *Vouli ton Antiprosopon*);
-) Streichung der Formulierung „einen immer engeren Zusammenschluss“ aus dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (niederländische *Tweede Kamer*);
-) Rechtsstaatlichkeit (lettische *Saeima*).

In sieben von 27 Antworten wurde die Auffassung vertreten, dass eine Änderung der bestehenden Verträge weder ausgeschlossen werden noch einen Selbstzweck darstellen sollte. Das finnische *Eduskunta* erklärte, es stehe Vertragsänderungen zum gegenwärtigen Zeitpunkt restriktiv gegenüber. Tragfähige Vorschläge sollten, wie in den Verträgen vorgesehen, von den Vertretungsgremien erörtert werden. Der rumänische *Senat* hob hervor, der Rechtscharakter der Konferenz und der in ihrem Rahmen angenommenen Dokumente müsse geklärt werden, darunter auch ihre Befugnis, Änderungen an den Verträgen vorzuschlagen. Fünf Parlamente/Kammern hatten hierzu keine Meinung.

1.6.a Auf die Frage, in welcher Weise ihre jeweiligen Parlamente/Kammern die von der Europäischen Kommission Ende September vorgelegten Berichte über die Rechtsstaatlichkeit behandeln wollen, erklärte die Mehrheit (28 von 36 Parlamenten/Kammern), sie würden in Ausschüssen erörtert, während 12 von ihnen angaben, sie würden im Plenum zur Diskussion gestellt. Neun Parlamente/Kammern antworteten, man werde den Bericht verfolgen, sieben Parlamente/Kammern beabsichtigten Expertengespräche dazu. Weitere sieben Parlamente/Kammern erklärten, sie wollten Stimmnahmeverfahren einführen, während sechs Parlamente/Kammern angaben, sie planten zu dem Bericht öffentliche Anhörungen.



Sechzehn von 36 Parlamenten/Kammern antworteten, sie würden anderweitig vorgehen wollen. Unter ihnen erklärten neun Parlamente/Kammern, der Bericht müsse vom Europaausschuss geprüft werden, bevor eine Entscheidung über Folgemaßnahmen getroffen werden könne. Mögliche Wege für die Auseinandersetzung mit dem Bericht seien dementsprechend Rundtischgespräche (niederländische *Tweede Kamer*), Ausschuss- und Plenardebatten (tschechische *Poslanecká sn movna* und tschechischer *Senát*) und Podiumsgespräche (lettische *Saeima*). Die niederländische *Eerste Kamer* ergänzte, dass der Bericht in die jährliche Plenardebatte über die Lage der Rechtsstaatlichkeit in den Niederlanden und in die Debatte über die Europapolitik der Regierung einbezogen werde. Das Europäische Parlament führte ferner aus, dass der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und

Inneres (LIBE) in Weiterführung der Entschließung des Europäischen Parlaments von Oktober 2016 einen legislativen Initiativbericht über die Einrichtung eines EU-Mechanismus für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte auf den Weg gebracht habe, in dem ein umfassendes und präventives Verfahren in diesem Bereich gefordert worden sei. Der LIBE-Ausschuss habe außerdem eine Arbeitsgruppe eingesetzt, um Verstöße gegen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte sowie die Korruptionsbekämpfung in der EU zu untersuchen.

1.6.b Die weit überwiegende Mehrheit (30 von 31 Parlamenten/Kammern) hielt einen Austausch der nationalen Parlamente über die Berichte für wünschenswert, während sich eines dagegen aussprach.

1.6.c Eine Reihe von Parlamenten/Kammern äußerte weitere Ansichten zu den Berichten über die Rechtsstaatlichkeit. Die niederländische *Tweede Kamer* erklärte, sie habe zur Frage der Rechtsstaatlichkeit Berichterstatter ernannt, die sich mit ihren Pendanten aus Dänemark und Finnland getroffen hätten, um sich über das Thema auszutauschen. Die niederländische *Eerste Kamer* und die luxemburgische *Chambre des Députés* regten an, sich mit anderen nationalen Parlamenten über bewährte Verfahren auszutauschen, während die italienische *Camera dei deputati* einen Informationsaustausch über die Rechtsstaatlichkeit betreffende Vertragsverletzungsverfahren vorschlug. Das Europäische Parlament teilte mit, dass der LIBE-Ausschuss um Genehmigung zur Durchführung einer interparlamentarischen Ausschusssitzung zum Bericht der Europäischen Kommission über die Rechtsstaatlichkeit gebeten habe, die im November 2020 stattfinden solle. Ein wichtiger in dieser Sitzung zu erörternder Aspekt betreffe die Auswirkungen der COVID-19-Maßnahmen auf Demokratie, Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit, da die nationalen Parlamente während dieser Zeit eine wichtige Kontrollfunktion hätten.

Der französische *Sénat* betonte, dass ausländische Einflussnahme auf demokratische Prozesse, insbesondere im Hinblick auf Wahlen und Desinformationen, in die Diskussion einbezogen werden müsse, und begrüßte das diesbezügliche Engagement des Europäischen Parlaments, das in der Einsetzung des Sonderausschusses zu Einflussnahme aus dem Ausland auf alle demokratischen Prozesse in der EU (INGE) zum Ausdruck komme, sowie den ausdrücklich bekundeten Willen der Kommission, die Frage in ihren Europäischen Aktionsplan für Demokratie einzubeziehen.

1.7 Zwölf Parlamente/Kammern äußerten zu diesem Kapitel noch einige abschließende Bemerkungen. Die portugiesische *Assembleia da República* wies darauf hin, dass die Annahme und Umsetzung der nationalen Aufbau- und Resilienzpläne ein Thema von Interesse für die nationalen Parlamente sei, was auch für die Einbettung des Aufbaupakets in das Europäische Semester gelte. Analog dazu empfahl der italienische *Senato della Repubblica* eine Debatte über die Wirksamkeit der europäischen Reaktion auf die Krise, einschließlich solcher Fragen wie der Notwendigkeit einer supranationalen Herangehensweise und der Einzelheiten einer Notstandsgesetzgebung. Der ungarische *Országgyűlés* betonte, Bewerberländer und potenzielle Bewerberländer sollten an der Konferenz teilnehmen dürfen, da die Erweiterung eine der wichtigsten Fragen mit Blick auf die Zukunft Europas sei.

Die luxemburgische *Chambre des Députés* wie auch der polnische *Sejm* hoben hervor, dass die Konferenz darauf abstellen sollte, diejenigen zu erreichen, die normalerweise nicht an solchen Diskussionen teilnähmen, dies gelte insbesondere für die Jugend. Der *Sejm* ergänzte, er hoffe, dass der Schwerpunkt auf den eigentlichen, für die Zukunftsvision Europas relevanten Fragen und weniger auf institutionellen Regelungen liegen werde. Ebenso unterstrich die portugiesische *Assembleia da*

República, dass die Konferenz sich auf das „Policy-first“-Konzept konzentrieren und die konkrete Sorge um das Leben der Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt ihrer Debatten stellen solle. Der „Bottom-up“-Ansatz der Konferenz wurde auch vom Europäischen Parlament hervorgehoben. Dieses sprach sich außerdem dafür aus, langfristig einen dauerhaften Mechanismus zur Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in die Überlegungen zur Zukunft Europas ins Auge zu fassen.

Der slowenische *Državni zbor* betonte, dass sich die Konferenz, wolle sie greifbare Ergebnisse erzielen, nicht zu viele Ziele setzen und lieber dafür sorgen solle, dass ihre angestrebten Ziele auch erreicht würden – ein Gedanke, der von der rumänischen *Camera Deputa ilor* geteilt wurde. Die niederländische *Tweede Kamer*, der deutsche *Bundesrat* sowie das Europäische Parlament wiesen darauf hin, es sei wichtig, dass die Plenarversammlung der Konferenz sich an aktuelle Entwicklungen anpassen und ein offenes Forum ohne vorab feststehendes Ergebnis bieten könne. Das Europäische Parlament fügte hinzu, dass bei der Themensetzung der Konferenz unterstützend auch spezielle Eurobarometer-Umfragen herangezogen werden könnten.

Der schwedische *Riksdag* betonte, die Konferenz solle lediglich als eine Ergänzung zur repräsentativen Demokratie angesehen werden, da die Parlamente und die gewählten Parteienvertreter die Bürgerinnen und Bürger letzten Endes bei der politischen Entscheidungsfindung repräsentierten. Der *Riksdag* fügte hinzu, dass während der gesamten Konferenz die Geschlechterperspektive berücksichtigt werden müsse.

KAPITEL 2

LEHREN AUS DER COVID-19-PANDEMIE

DAS ZWEITE KAPITEL DES 34. HALBJAHRESBERICHTS zielt darauf ab, aus der COVID-19-Pandemie zu ziehende Lehren in den Blick zu nehmen.

Gesundheit

2.1 Die Frage, ob das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) weitergehende Befugnisse erhalten sollte – vergleichbar der Entwicklung bei FRONTEX –, wurde in einer signifikanten Anzahl der Antwortenden bejaht (17 von 36), während eine nahezu identische Zahl der Befragten (16) keine Meinung dazu vertrat. Lediglich zwei Parlamente/Kammern antworteten mit Nein.

2.2 Auf die Frage, welche Lösung sich dafür finden lasse, die Abhängigkeit der EU von Drittstaaten bei der Beschaffung von Schutzausrüstung, Arzneimitteln und Arzneimittelgrundstoffen zu reduzieren, nannten die Parlamente/Kammern verschiedene Möglichkeiten, wobei einige auch mehr als eine Option auswählten. Unter den aufgeführten Optionen erwies sich die Rückverlagerung von Produktionsprozessen in die EU als die beliebteste – sie wurde von 24 Befragten ausgewählt. Auf europäischer Ebene koordinierte Bevorratung war die zweitbeliebteste Option, für die sich 21 Befragte aussprachen. Am wenigsten beliebt war die Forderung nach einer auf nationaler Ebene koordinierten Bevorratung, für die 11 Befragte stimmten.

Mehrere Befragte machten weitere Vorschläge. Einige wiesen darauf hin, dass die industrielle Autonomie sichergestellt und gleichzeitig etablierte unternehmerische Werte wie freier Welthandel sowie die Beteiligung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) gewahrt und die Produktion und Fertigung wesentlicher Arzneimittel und medizinischer Ausrüstung gewährleistet werden müssten (deutscher *Bundesrat*, litauischer *Seimas*, rumänische *Camera Deputaților*, slowenischer *Državni svet*, Europäisches Parlament). Der deutsche *Bundesrat* begrüßte die entsprechende Ankündigung der Kommission (COM (2020) 456 final). Der schwedische *Riksdag* begrüßte demgegenüber die Tatsache, dass die Beschränkungen bei der Ausfuhr persönlicher medizinischer Ausrüstung aus der EU in Drittländer aufgehoben worden seien, und fügte hinzu, dass die verbleibenden Hindernisse für den freien Warenverkehr innerhalb des Binnenmarkts beseitigt werden müssten. Der estnische *Riigikogu* verwies explizit auf pharmazeutische Wirkstoffe und erklärte, dass europäische Produktionskapazitäten für diese Stoffe dazu beitragen, die Abhängigkeit von Drittländern zu reduzieren. Mögliche Anreize seien eine Senkung der Gebühren für die Marktzulassung, sollten Wirkstoffe zum Einsatz kommen, die im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) hergestellt wurden, oder andere Steuererleichterungen. Der estnische *Riigikogu* betonte ferner, dass die möglichen Auswirkungen auf die Erschwinglichkeit des fertigen Arzneimittels berücksichtigt sowie Maßnahmen zur Verhinderung etwaiger höherer Preise und der möglichen negativen Konsequenzen für die Zugänglichkeit von Arzneimitteln in Europa getroffen werden müssten. Der polnische *Sejm* wies ebenfalls darauf hin, wie sehr die Epidemie Europas Abhängigkeit von Wirkstofflieferanten aus Drittländern verdeutlicht habe, und erinnerte daran, dass die Sicherung einer hinreichenden Produktionsleistung innerhalb der EU Bestandteil der von der Europäischen Kommission entwickelten Arzneimittelstrategie sei.

Verbesserte Kooperationsmechanismen, der Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten und eine generell bessere Abstimmung wurden ebenfalls von einigen Befragten angeführt (litauischer *Seimas*, österreichischer *Nationalrat* und *Bundesrat*). Der litauische *Seimas* forderte außerdem eine Überprüfung der europäischen Arzneimittelgesetzgebung und die Überwachung der globalen Produktions- und Lieferkette für Arzneimittelwirkstoffe, was ähnlich auch im Vorschlag der maltesischen *Kamra tad-Deputati* aufgegriffen wurde, wonach für die Produktion weltweit einheitliche Vorgaben und Richtlinien gelten sollten.

Das Europäische Parlament war der Auffassung, dass mit der Schaffung eines Europäischen Gesundheitsreaktionsmechanismus (European Health Response Mechanism, EHRM) die operative Koordinierung auf der Ebene der EU gestärkt werde und dass sich die Mitgliedstaaten über bewährte Verfahren im Bereich der Vorratsverwaltung austauschen sollten. Das Europäische Parlament unterstrich, dass die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) eine wichtige Rolle dabei spielen könne, in Notsituationen Arzneimittelengpässen auf EU-Ebene vorzubeugen, weshalb sie ein umfassenderes Mandat und mehr Finanzmittel erhalten solle.

Einige Parlamente/Kammern plädierten für eine Kombination aus allen vorgeschlagenen Optionen (lettische *Saeima*, zyprische *Vouli ton Antiprosopon*), während andere darauf hinwiesen, dass ihr jeweiliges Gremium zu dieser Frage noch nicht förmlich Stellung bezogen habe (dänisches *Folketing*, spanische *Cortes Generales*) oder ihm eine Antwort nicht zustehe (kroatischer *Hrvatski sabor*). Der polnische *Sejm* gab an, dass jede Maßnahme eine gesonderte Rolle spiele und es deshalb unmöglich sei, einer oder mehreren von ihnen den Vorzug zu geben.

2.3 Zur Frage, wie ein koordiniertes Vorgehen aussehen müsse, um effektiver die Ausbreitung einer pandemischen Situation einzudämmen, äußerten die Parlamente/Kammern unterschiedliche Auffassungen.

Mehrere Parlamente/Kammern erkannten den Sinn nationaler Maßnahmen in solchen Situationen. Der slowenische *Državni zbor* erklärte, der Verlauf der Ereignisse habe gezeigt, dass die in Reaktion auf die Pandemie ergriffenen Maßnahmen der Mitgliedstaaten in Abhängigkeit von diversen länderspezifischen Besonderheiten variierten, und dass der allgemeine Koordinierungsrahmen zwar auf EU-Ebene etabliert werden könne, die Beibehaltung nationaler Maßnahmen aber dennoch sinnvoll sei. Der ungarische *Országgyűlés* teilte diese Auffassung und erklärte, dass in erster Linie auf nationaler Ebene gemessen worden sei, wie sich das Coronavirus ausbreite, und die erforderlichen Maßnahmen ebenfalls auf dieser Ebene getroffen worden seien, weshalb sich alle Koordinierungsstellen auf den Gesundheitsschutz der Bevölkerung konzentrieren und wirksame nationale Maßnahmen unterstützen sollten. Der polnische *Sejm* bemerkte, dass die Mitgliedstaaten das Recht haben sollten, zusätzlich zu einem möglicherweise vereinbarten koordinierten Vorgehen ihre eigenen Sicherheitsmaßnahmen zu treffen. Der schwedische *Riksdag* forderte ein gemeinsames Vorgehen der Mitgliedstaaten, wobei dafür zu sorgen sei, dass die Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten bei sozialen, gesundheitlichen und medizinischen Fragen vollständig gewahrt bleibe.

Unterdessen forderten zahlreiche andere Befragte ein koordinierteres Vorgehen, so etwa in Bezug auf die Bedingungen für Grenzsicherungen und erlaubte Reisen (französische *Assemblée nationale*, lettische *Saeima*), einheitliche Fragebögen für Reisende und einheitliche Bedingungen für die Rückholung (lettische *Saeima*), den epidemiologisch sicheren freien Waren- und Dienstleistungsverkehr und die Anwendung einheitlicher Regeln zur Feststellung der epidemiologischen

Sicherheit eines Mitgliedstaates wie auch der Vorschriften für den grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehr (polnischer *Sejm*), die engere regionale Abstimmung in Grenzregionen durch Arbeitsgruppen oder den Ausschuss der Regionen (*Deutscher Bundestag*), gemeinsame Krisenpläne (slowenischer *Državni svet*) oder einen gemeinsamen Bewertungsrahmen (niederländische *Tweede Kamer*).

Einheitliche Kriterien im Umgang mit Infektionsrisiken und Tests (*Deutscher Bundestag*, estnischer *Riigikogu*) und neue Kompetenzen auf EU-Ebene, die eine europaweite Reaktion auf Gesundheitsgefahren ermöglichten (spanische *Cortes Generales*), wurden ebenfalls angeführt. Die spanischen *Cortes Generales* forderten außerdem, auf europäischer Ebene einen Plan für die Prävention von Naturgefahren einzuführen, und betonten gleichzeitig, dass das erforderliche koordinierte Vorgehen, mit dem sich die Ausbreitung einer pandemischen Situation effektiver eindämmen lasse, im Rahmen einer Gesundheitsunion möglich wäre. Diese würde es der Europäischen Union erlauben, etwaigen Ausbrüchen von COVID-19 oder künftigen Pandemien zu begegnen – sei es durch eine Reform der Verträge oder durch verstärkte Zusammenarbeit.

Der Austausch von Informationen wurde von mehreren Parlamenten/Kammern (italienische *Camera dei deputati*, tschechische *Poslanecká sněmovna*) als ein wichtiges Element jeglicher Koordinationsbemühungen erachtet; gleiches gilt für die gemeinsame Nutzung von Daten auf nationaler und regionaler Ebene durch die Gesundheitsbehörden (slowakische *Národná rada*). Der italienische *Senato della Repubblica* forderte die Einführung eines Notfall-Netzwerks. Österreichischer *Nationalrat* und *Bundesrat* verwiesen auf die Koordinierung zwischen den Gesundheits- und Innenministern sowie zwischen den Staatschefs. Dies wurde auch von der griechischen *Vouli ton Ellinon* aufgegriffen.

Der litauische *Seimas* begrüßte die Vorschläge zur Stärkung des ECDC, um die allgemeine Vorsorge- und Reaktionsfähigkeit der EU zu verbessern, und unterstützte die Entwicklung eines EU-Pandemievorsorgeplans auf interregionaler Ebene sowie auch einer Gesundheits-Taskforce, die er gerade für kleine Mitgliedstaaten als hilfreich erachtete. Die bulgarische *Narodno sabranie* sprach sich ebenfalls für eine Stärkung des ECDC aus. Das Europäische Parlament forderte ein überarbeitetes Mandat für das ECDC, um seine Mittel, Personalausstattung und Kompetenzen zu erhöhen, womit es in die Lage versetzt werde, verbindliche Leitlinien für die Mitgliedstaaten auszuarbeiten und die Laborforschung in Gesundheitskrisen zu koordinieren.

Mehrere Parlamente/Kammern vertraten in dieser Hinsicht keine Meinung oder gaben an, die Frage sei in ihrem jeweiligen Gremium noch nicht erörtert worden (belgischer *Sénat*, belgische *Chambre des représentants*, dänisches *Folketing*, rumänische *Camera Deputaţilor*).

Forschung & Innovation

2.4 Bei der Frage, ob die vom Europäischen Rat am 21. Juli 2020 vorgeschlagene Mittelausstattung für das Forschungsprogramm Horizont Europa ausreichend sei, gingen die Meinungen auseinander. Von den 34 Befragten, die Angaben machten, vertraten 14 keine Meinung, 11 hielten die Finanzierung für ausreichend, 9 dagegen nicht.

2.5.a Dem Bericht zufolge hatten sich die allermeisten Parlamente/Kammern (26 von 33 Antworten) mit der von der Kommission vorgelegten Impfstoffstrategie (COM (2020) 245 final) noch nicht befasst. Lediglich sieben Parlamente/Kammern hatten sich damit befasst.

Auf die Bitte um Erläuterung erklärte die niederländische *Tweede Kamer*, dass die Strategie selbst zwar erst im Vorfeld des Rates „Gesundheit“ am 2. Dezember 2020 formell geprüft werde, die Niederlande jedoch bereits mit der Thematik befasst seien, da sie neben Frankreich, Deutschland und Italien einer der Initiatoren der Impfstoff-Allianz seien, die erfolgversprechende Initiativen für die Entwicklung eines Impfstoffs sondieren wolle. Der französische *Sénat* erklärte, dass sein Europaausschuss sich im Rahmen seines Berichts über die Europäische Union und Gesundheit mit dieser Strategie beschäftigt habe. Er begrüßte den Bericht und stellte ferner fest, dass einige Mitgliedstaaten bereits einige Tage zuvor eine Vereinbarung mit dem Unternehmen AstraZeneca unterzeichnet hätten, die ihnen bevorzugten Zugang zu einem etwaigen Impfstoff garantiere. Im schwedischen *Riksdag* sei die Strategie Gegenstand von Beratungen zwischen der Regierung und dem Ausschuss für Gesundheit und Wohlfahrt sowie von Konsultationen im Europaausschuss gewesen. Als vorherrschender Standpunkt habe sich im schwedischen *Riksdag* herauskristallisiert, dass international abgestimmte Maßnahmen und eine Zusammenarbeit auf EU- wie auch internationaler Ebene zu begrüßen seien, der Schwerpunkt des gemeinsamen EU-Impfplans aber auf Bereichen liegen sollte, in denen die Zusammenarbeit auf EU-Ebene einen Mehrwert biete. Dies könne die Förderung von Forschung und Entwicklung, die Koordinierung der Impfstoffproduktion, die Ermittlung möglicher Produktionsanlagen und die Einführung gemeinsamer Beschaffungsverfahren umfassen, wobei stets eine gute Zusammenarbeit mit der Industrie sicherzustellen sei. Das finnische *Eduskunta* erklärte, dass diese Frage in Finnland ausschließlich in die Zuständigkeit der Regierung falle, die das Parlament ordnungsgemäß über ihren Standpunkt informiert habe, wonach das Land der Vereinbarung über die Zusammenarbeit bei der Impfstoffbeschaffung beitreten werde. Das dänische *Folketing* erklärte, dass sein Europaausschuss das vom Gesundheitsminister vorgeschlagene Mandat zur Annahme des Vorschlags für eine Verordnung über die Durchführung klinischer Prüfungen mit genetisch veränderten Organismen zur Behandlung oder Verhütung der Coronavirus-Erkrankung (COM (2020) 261 final) einhellig befürwortet habe. Die spanischen *Cortes Generales* wiesen darauf hin, dass der im Abgeordnetenhaus eingesetzte Ausschuss für den Wiederaufbau nach COVID-19 sich auf Schlussfolgerungen verständigt habe, die vom Plenum gebilligt worden seien und denen zufolge die Mitwirkung Spaniens an allen Bemühungen zur Beschaffung eines Impfstoffs gegen COVID-19 und dessen zentraler Verteilung auf europäischer Ebene gewährleistet werden solle.

Österreichischer *Nationalrat* und *Bundesrat* erklärten, dass dieser konkrete Vorschlag noch nicht erörtert worden sei; über andere Vorschläge betreffend die medizinische Antwort der EU auf COVID-19 sei allerdings durchaus beraten worden.

2.5.b Der weit überwiegende Teil der Befragten, die hierzu Angaben machten (20 von 25 Parlamenten/Kammern), hielt Anpassungen des Rechtsrahmens für künftige Krisenszenarien, die auf dem Ausbruch einer Infektionskrankheit oder vergleichbarer schwerwiegender Krisensituationen beruhen, für sinnvoll. Lediglich fünf Parlamente/Kammern waren anderer Meinung.

Auf die Frage, welche konkreten Vorschläge ihre jeweiligen Parlamente/Kammern zu diesem Punkt hätten, verwiesen mehrere Befragte auf verbesserte rechtliche Rahmenbedingungen (estnischer *Riigikogu*, französische *Assemblée nationale*, maltesische *Kamra tad-Deputati*, österreichischer *Nationalrat* und *Bundesrat*, spanische *Cortes Generales*). Der italienische *Senato della Repubblica* forderte legislative und administrative Notfallverfahren, bei denen die Rolle der EU-Organe und der Mitgliedstaaten festzulegen sei. Der belgische *Sénat* regte an, dass die Bewältigung grenzüberschreitender Krisen in die Zuständigkeit der EU fallen könne. Einige Befragte verwiesen auf bessere

gemeinsame Regelungen in Bezug auf Grenzen und Mobilität sowie Gesundheitsschutzmaßnahmen, darunter u. a. die Verfügbarkeit von medizinischem Material (luxemburgische *Chambre des Députés*, französischer *Sénat*, portugiesische *Assembleia da República*). Der *Deutsche Bundestag* regte die Schaffung von Koordinierungsstellen für Krisensituationen oder alternativ die Integration und Vernetzung vorhandener Strukturen an.

Die griechische *Vouli ton Ellinon* forderte eine gemeinsame europäische Strategie zur Bewältigung der Pandemie sowie vergleichbarer künftiger Krisensituationen und betonte, welche Bedeutung in dieser Hinsicht der Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten zukomme, wobei letztere einen gemeinsamen Beitrag zur Debatte leisten könnten, würden sie im Rahmen der COSAC einen gemeinsamen Vorschlag vorlegen.

Laut der maltesischen *Kamra tad-Deputati* habe die gegenwärtige Krise gezeigt, dass der Beschluss Nr. 1082/2013/EU des Europäischen Parlaments und des Rates zu schwerwiegenden grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren vom 22. Oktober 2013 für den Krisenfall nicht geeignet sei, was auch für die darin enthaltenen Bestimmungen zu Instrumenten für die gemeinsame Beschaffung gelte.

Eine Reihe von Parlamenten/Kammern hatte noch keine konkreten Vorschläge (polnischer *Senat*, tschechische *Poslanecká sněmovna*, zyprische *Vouli ton Antiprosopon*).

2.6 Die Frage, ob es in den Parlamenten/Kammern Überlegungen dazu gebe, wie sich die Mitgliedstaaten im Bereich Forschung und Innovation effektiver vernetzen und im Gesundheitsbereich einen besseren Datenaustausch gewährleisten könnten, wurde in 16 der 31 Antworten bejaht und in einer ähnlichen Zahl von Fällen (15) verneint.

Auf die Bitte um Erläuterung erklärten der französische *Sénat*, die niederländische *Tweede Kamer* und der litauische *Seimas*, dass sie die Europäische COVID-19-Datenplattform begrüßten, da sie den Austausch von Daten während der Krise erleichtere und zu einer engeren Zusammenarbeit beitrage. Der *Deutsche Bundestag* und der deutsche *Bundesrat* erklärten, dass sie einen gemeinsamen Raum für Gesundheitsdaten befürworteten, betonten aber zugleich, dass Aspekte des Datenschutzes und der Wahrung der Privatsphäre in diesem Zusammenhang unbedingt zu berücksichtigen seien – ein Anliegen, das auch die niederländischen *Tweede Kamer* teilte. Die Parlamente/Kammern unterstrichen außerdem, dass eine geeignete Infrastruktur (deutscher *Bundesrat*, estnischer *Riigikogu*) sowie Kompatibilität und Interoperabilität beim Datenaustausch erforderlich seien (estnischer *Riigikogu*, niederländische *Tweede Kamer*). Konkret verwies die niederländische *Tweede Kamer* hierbei auf das eHealth-Netzwerk, in dessen Rahmen innovative Lösungen im Bereich der Interoperabilität und des Datenaustauschs erörtert würden. Ein weiteres, vom polnischen *Sejm* angesprochenes Problem betraf die Quelle der Daten und insbesondere die Abhängigkeit der EU von ausländischen Quellen beim Vorantreiben ihrer Forschung.

Nach Auffassung des *Deutschen Bundestages* solle die Zusammenarbeit im Bereich Gesundheit und Forschung auf allen Ebenen verstärkt werden: auf lokaler, nationaler, europäischer und internationaler Ebene. Als Beispiel für die verbesserte Abstimmung im Bereich Forschung und Entwicklung auf europäischer und internationaler Ebenen nannten die spanischen *Cortes Generales* die Initiative „ACT Accelerator“ (Access to COVID-19 Tools Accelerator), während der polnische *Sejm* die Europäische Cloud für offene Wissenschaft positiv hervorhob. Die spanischen *Cortes Generales* befürworteten ein Gesundheitssystem, das in ein europäisches Netzwerk eingebettet sei

und den Betrieb eines Systems mit einschlägigen Gesundheitsindikatoren, statistischen Daten und Gesundheitsressourcen für Notfälle erleichterte. Der litauische *Seimas* und das Europäische Parlament sahen das EU-Programm Horizont Europa als die wichtigste Initiative der EU zur Förderung von Forschung und Innovation an. Das Europäische Parlament unterstrich dabei insbesondere die Bedeutung einer offenen Wissenschaft und berichtete, dass es am Programm mehrere Ergänzungen zur Steigerung der Synergien und Verbesserung der Zusammenarbeit der EU vorgenommen habe. Investitionen und eine angemessene Mittelausstattung im Bereich Forschung und Innovation hoben die spanischen *Cortes Generales* als wichtige Faktoren hervor, während das Europäische Parlament daran erinnerte, dass es für Horizont Europa – statt der vom Rat vorgeschlagenen 75,9 Mrd. Euro – 120 Mrd. Euro gefordert hatte. Das Europäische Parlament verwies außerdem auf den Europäischen Forschungsraum (EFR) und führte einige mögliche Bereiche auf, in denen insbesondere in Bezug auf Arzneimittel Verbesserungen erzielt werden könnten, z. B. eine stärkere Rolle der Kommission und der Mitgliedstaaten bei der Koordinierung, um Doppelarbeit zu vermeiden, die Schaffung eines EU-Gesundheitsakademie-Netzwerks, einen eindeutigen Rechtsrahmen für Unternehmen sowie eine stärkere Einbindung von KMU in die Arzneimittel-Lieferkette.

Re-Dynamisierung der Wirtschaft

2.7 Auf die Frage, ob ihre Mitgliedstaaten Konjunkturpakete beschlossen hätten, antworteten alle 35 Befragten, die dazu Angaben machten, dass dies der Fall gewesen sei. Dabei wurden unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt:

-) Sicherung sowohl von Beschäftigung als auch von Unternehmen (*Deutscher Bundestag*, griechische *Vouli ton Ellinon*, italienische *Camera dei deputati*, litauischer *Seimas*, luxemburgische *Chambre des Députés*, niederländische *Eerste Kamer*, österreichischer *Nationalrat* und *Bundesrat*, slowenischer *Državni zbor*);
-) Unterstützung sowohl von Haushalten/Familien als auch von Unternehmen (und ihrer Liquidität), einschließlich von Selbständigen und KMU (belgischer *Sénat*, belgische *Chambre des représentants*, bulgarische *Narodno sabranie*, *Deutscher Bundestag*, portugiesische *Assembleia da República*, spanische *Cortes Generales*);
-) Beschäftigung (kroatischer *Hrvatski sabor*), Arbeitsplätze sowie Unterstützung der Schwächsten der Gesellschaft (maltesische *Kamra tad-Deputati*);
-) vorrangig Liquidität, KMU und Beschäftigung (rumänischer *Senat* und slowakische *Národná rada*).

Der deutsche *Bundesrat* und der litauische *Seimas* verwiesen auch auf die Hilfen zugunsten von Städten und Gemeinden.

Die allermeisten Parlamente/Kammern berichteten, dass sich ihre Mitgliedstaaten für eine Kombination von Maßnahmen auf der Ausgaben- wie der Einnahmenseite entschieden hätten, beispielsweise

-) Steuerstundungen und/oder Steuerermäßigungen (belgische *Chambre des représentants*, bulgarische *Narodno sabranie*, dänisches *Folketing*, *Deutscher Bundestag*, estnischer *Riigikogu*, griechische *Vouli ton Ellinon*, italienische *Camera dei deputati* und italienischer *Senato della Repubblica*, kroatischer *Hrvatski sabor*, lettische *Saeima*, österreichischer

Nationalrat und *Bundesrat*, portugiesische *Assembleia da República*, schwedischer *Riksdag*, slowenischer *Državni zbor*, spanische *Cortes Generales*, ungarischer *Országgyűlés*);

-) Ausgaben wie etwa Beihilfen (*Deutscher Bundestag*, österreichischer *Nationalrat* und *Bundesrat*, portugiesische *Assembleia da República*, schwedischer *Riksdag*, slowenischer *Državni svet*) einschließlich von Finanzhilfen für Unternehmen und Beteiligungsinvestitionen (dänisches *Folketing*);
-) Kreditbürgschaften (belgischer *Sénat*, dänisches *Folketing*, *Deutscher Bundestag*, estnischer *Riigikogu*, griechische *Vouli ton Ellinon*, italienischer *Senato della Repubblica*, lettische *Saeima*, österreichischer *Nationalrat* und *Bundesrat*, portugiesische *Assembleia da República*, slowakische *Národná rada*) und Gewährung zinsloser oder niedrig verzinsster Kredite (bulgarische *Narodno sabranie*, polnischer *Sejm*, slowenischer *Državni svet*);
-) Bewilligung eines Zahlungsaufschubs (belgischer *Sénat*, belgische *Chambre des représentants*, italienische *Camera dei deputati*, slowakische *Národná rada*, spanische *Cortes Generales*, tschechische *Poslanecká sn movna*, tschechischer *Senát*, ungarischer *Országgyűlés*);
-) Stundung von Sozialversicherungsbeiträgen (belgische *Chambre des représentants*, bulgarisches *Narodno sabranie*, griechische *Vouli ton Ellinon*, polnischer *Sejm*, slowakische *Národná rada*, tschechische *Poslanecká sn movna*, tschechischer *Senát*, ungarischer *Országgyűlés*);
-) Ermöglichung (vorübergehender, kurzzeitiger) Leistungen bei Arbeitslosigkeit und von Lohnausgleichsregelungen (belgische *Chambre des représentants*, dänisches *Folketing*, lettische *Saeima*, luxemburgische *Chambre des Députés*, polnischer *Sejm*, slowakische *Národná rada*, slowenischer *Državni zbor*, tschechische *Poslanecká sn movna* und tschechischer *Senát*), darunter auch Krankengeld (estnischer *Riigikogu*) und weitere Leistungen (griechische *Vouli ton Ellinon*, kroatischer *Hrvatski sabor*, spanische *Cortes Generales*) oder Familienzuschüsse (deutscher *Bundesrat*);
-) Entlastung bei den Stromkosten (deutscher *Bundesrat*).

Vier Befragte gaben an, dass der Hauptschwerpunkt auf den Ausgaben liege. Die zyprische *Vouli ton Antiprosopon* erklärte, dass der Schwerpunkt eher auf die Ausgabenseite denn auf Steuererleichterungen liege, insbesondere durch Leistungen bei Arbeitslosigkeit und eine Unterstützung von KMU. Die niederländische *Tweede Kamer* berichtete von Steuerstundungen, gleichwohl erklärten sowohl die *Tweede Kamer* als auch die *Eerste Kamer*, dass der Schwerpunkt vor allem auf einer Ausgabensteigerung gelegen habe, nämlich einer Kombination aus der Förderung von Lohnkosten, von Selbständigen, von Fixkosten bei KMU und der Förderung privater und öffentlicher Investitionen zur Ankurbelung des Wachstums. Das finnische *Eduskunta* vermeldete ebenfalls, man habe sich verstärkt auf Ausgaben konzentriert und u. a. Privatunternehmer, KMU und Innovationen gefördert. Auch der rumänische *Senat* erklärte, dass der Schwerpunkt auf einer Ausgabensteigerung gelegen habe, insbesondere zur Unterstützung der Liquidität und zu Gunsten von KMU und Beschäftigung.

Eine große Zahl von Parlamenten/Kammern gab an, dass sich einige Maßnahmen während bestimmter Zeiträume auf konkrete Branchen konzentriert hätten, wie etwa

-) Tourismus und Hotellerie (bulgarische *Narodno sabranie*, dänisches *Folketing*, finnisches *Eduskunta*, kroatischer *Hrvatski sabor*, österreichischer *Nationalrat* und *Bundesrat*, portugiesische *Assembleia da República*, rumänische *Camera Deputa ilor*, slowenischer *Državni svet*, slowenischer *Državni zbor*, spanische *Cortes Generales*);
-) Gastronomie (belgische *Chambre des représentants*, finnisches *Eduskunta*, österreichischer *Nationalrat* und *Bundesrat*);
-) Kultur- und Veranstaltungsbranche (dänisches *Folketing*, kroatischer *Hrvatski sabor*, österreichischer *Nationalrat* und *Bundesrat*, schwedischer *Riksdag*);
-) Land- und Forstwirtschaft (österreichischer *Nationalrat* und *Bundesrat*);
-) Luftfahrtbranche (kroatischer *Hrvatski sabor*, österreichischer *Nationalrat* und *Bundesrat*);
-) Gesundheitssektor (maltesische *Kamra tad-Deputati*, österreichischer *Nationalrat* und *Bundesrat*, polnischer *Senat*, rumänische *Camera Deputa ilor*, schwedischer *Riksdag*);
-) Bankensektor (zyprische *Vouli ton Antiprosopon*);
-) Medien (dänisches *Folketing*).

Das dänische *Folketing* berichtete außerdem, dass die Initiativen zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen der Pandemie eine Unterstützung von Studierenden und ein Vorantreiben öffentlicher Bauvorhaben umfassten. Der schwedische *Riksdag* erklärte seinerseits, dass Sportorganisationen, Bildungsträger, Lehrkräfte und ebenfalls Studierende Unterstützung erhielten.

Der deutsche *Bundesrat*, die griechische *Vouli ton Ellinon*, die maltesische *Kamra tad-Deputati* und der ungarische *Országgyűlés* erwähnten, dass sich die Maßnahmen für eine bestimmte Zeit an die am stärksten betroffenen Branchen gerichtet hätten. In Malta seien außerdem gezielte Maßnahmen für den Gesundheitssektor eingeführt worden. Der italienische *Senato della Repubblica* und der rumänische *Senat* berichteten, dass die Maßnahmen anfangs allgemeiner Natur gewesen seien, sich zuletzt aber auf konkrete Branchen konzentriert hätten, wobei von rumänischer Seite insbesondere das Hotel- und Gaststättengewerbe, der Automobilsektor und die Unterhaltungselektronik hervorgehoben wurden.

Die tschechische *Poslanecká sn movna* und der tschechische *Senát* erklärten, dass die getroffenen Maßnahmen nicht branchenspezifisch konzipiert gewesen seien. Auch die niederländische *Tweede Kamer* gab an, dass das jüngste Paket allgemeiner Art und nicht branchenspezifisch sei.

Der kroatische *Hrvatski sabor* erklärte, dass Kleinstunternehmen unabhängig von der Branche eine Unterstützung beantragen könnten, wenn sich ihr Verlust im Vergleich zum Vorjahr auf mindestens 50 Prozent beläuft.

Österreichischer *Nationalrat* und *Bundesrat* berichteten, dass mit dem „Investitionsprämienengesetz“ gezielt ökologische Investitionen und Investitionen in Digitalisierung gefördert werden sollten. Die französische *Assemblée nationale* und der französische *Sénat* verwiesen auf den 100 Mrd. Euro umfassenden Investitionsplan, der auf den drei Säulen Umwelt, Wettbewerbsfähigkeit und Kohäsion beruhe.

Der polnische *Sejm* und der polnische *Senat* verwiesen auf den „Anti-Krisen-Schutzschild“, der neben der Unterstützung von Arbeitsplätzen und Unternehmern unter anderem eine Stärkung des Finanzsystems und mehr öffentliche Investitionen vorsehe. Als einschlägige Maßnahme, die getroffen worden sei, nannte der polnische *Senat* außerdem wesentliche Veränderungen bei Gerichtsverfahren.

Für das Europäische Parlament traf diese Frage nicht zu.

2.8 Auf die Frage, welche anderen wirtschafts- oder sozialpolitischen Maßnahmen zur Abfederung der Folgen der Corona-Pandemie sich besonders bewährt hätten, lieferten 13 der Befragten unterschiedliche Antworten. Der estnische *Riigikogu*, die französische *Assemblée nationale* sowie österreichischer *Nationalrat* und *Bundesrat* nannten Teilzeitarbeit als eine entsprechende Maßnahme. Die bulgarische *Narodno sabranie* nannte die direkten Anreize für Arbeitgeber, die ebenfalls zur Eindämmung der pandemiebedingten Arbeitslosigkeit beigetragen hätten. Die französische *Assemblée nationale* und die zyprische *Vouli ton Antiprosopon* verwiesen auf die auf EU-Ebene geförderten Maßnahmen. Die luxemburgische *Chambre des Députés* nannte den Anspruch auf COVID-19-Sonderurlaub aus familiären Gründen sowie das Zwangsraumungsverbot und das Einfrieren von Mieten. Der ungarische *Országgyűlés* führte Einschränkungen der Freizügigkeit von Personen, spezielle Vorkehrungen für ältere Menschen, obligatorische Gesundheitsschutzmaßnahmen (etwa Gesichtsmasken) und die Ermöglichung von Fernunterricht und Telearbeit auf. Der französische *Sénat* verwies auf die Beibehaltung der Liquiditäts- und Zinspolitik der EZB sowie auf die vorübergehende Aufhebung der Obergrenze für das Staatsdefizit von 3 % des BIP. Der italienische *Senato della Repubblica* antwortete, dass der tatsächliche Rückgang der Zahl aktiver Infektionen zur Erholung beitrage, und verwies zudem auf die Bedeutung aller Maßnahmen, die Unternehmen und Arbeitskräfte für eine rasche Wiederaufnahme der Wirtschaftstätigkeit in Bereitschaft hielten. Die maltesische *Kamra tad-Deputati* berichtete, dass alle Einwohner Maltas Gutscheine im Wert von 100 Euro erhalten hätten. Die rumänische *Camera Deputa ilor* erwähnte, dass ein konsequenter Dialog mit der Wirtschaft stattgefunden habe. Der slowenische *Državni svet* verwies auf gefundene Lösungen bei der Durchführung von Infrastruktur- und Entwicklungsvorhaben auf lokaler Ebene und die zur Verfügung stehenden Finanzmittel für Erbringer von Gesundheitsleistungen.

Mehrere Befragte wiederholten, dass die wirtschaftlichen Maßnahmen, die in ihren Antworten auf die vorangehende Frage zu Konjunkturpaketen der Mitgliedstaaten bereits aufgeführt worden seien, die Auswirkungen der Pandemie auf die Wirtschaft abgefedert hätten (*Deutscher Bundestag*, griechische *Vouli ton Ellinon*). Konkret verwies der *Deutsche Bundestag* dabei auf die Teilzeitzuschüsse und Leistungen im Zusammenhang mit Kindern und Einkommensverlusten durch die Schließung von Schulen und Kindertagesstätten und hob zugleich die Unterstützung der Hotel-, Gastronomie-, Kultur- und Veranstaltungsbranche hervor. Die lettische *Saeima* verwies auf die Gewährung von Steuerstundungen und Kreditbürgschaften. Der polnische *Senat* hob die Beihilfen hervor, die Unternehmen zur Deckung der Mitarbeitergehälter und Sozialversicherungsbeiträge im Falle eines Umsatzrückgangs oder bei einer Arbeitszeitreduzierung von 20 % gewährt worden seien. Die portugiesische *Assembleia da República* verwies unter anderem auf die Entlassungsregelung, die Steuerstundungen und das Kreditmoratorium. Der rumänische *Senat* erwähnte insbesondere die Lohnzuschüsse für Beschäftigte, die betriebsbedingt arbeitslos geworden seien, die Steueranreize für medizinisches Personal und die Unterstützung von KMU.

Die slowakische *Národná rada* nannte die Telearbeit als sinnvolle Maßnahme und hob weitere Konjunkturmaßnahmen hervor, darunter die Verbesserung der Liquidität von Unternehmen, die Möglichkeit des Aufschiebens von Zahlungen und von Leistungen bei krankheitsbedingtem Arbeitsausfall.

Die belgische *Chambre des représentants* berichtete, dass sie zwei Ausschüsse eingesetzt habe, die sich mit der COVID-19-Krise befassen, und zwar einen ständigen sowie einen Sonderausschuss; sie erwähnte außerdem, dass sie die EU dabei unterstütze, die Weltgesundheitsorganisation (WHO) zur möglichen Einleitung einer umfangreichen Untersuchung zum Ursprung des Virus zu bewegen.

Das finnische *Eduskunta* berichtete, dass die Regierung im August 2020 eine eingehende Bewertung zur Beurteilung der kurz- und langfristigen Auswirkungen der Konjunkturpakete eingeleitet habe.

Der belgische *Sénat*, das dänische *Folketing*, der litauische *Seimas*, die niederländische *Tweede Kamer*, der slowenische *Državni zbor*, die spanischen *Cortes Generales*, die tschechische *Poslanecká sn movna* und der tschechische *Senát* gaben an, dass es hierzu keinen eindeutigen oder offiziellen Standpunkt gebe.

Für das Europäische Parlament traf diese Frage nicht zu.

2.9 Danach befragt, welche zusätzlich zu den ergriffenen nationalen Maßnahmen unterstützenden europäischen Maßnahmen sie als besonders effektiv erachteten, nannten viele der Parlamente/Kammern (14) die vorübergehende „Unterstützung bei der Minderung von Arbeitslosigkeitsrisiken in einer Notlage“ (SURE), um die plötzliche Erhöhung öffentlicher Ausgaben zur Erhaltung von Arbeitsplätzen abzufedern (bulgarische *Narodno sabranie*, französische *Assemblée nationale*, italienische *Camera dei deputati* und italienischer *Senato della Repubblica*, kroatischer *Hrvatski sabor*, litauischer *Seimas*, luxemburgische *Chambre des Députés*, niederländische *Tweede Kamer*, portugiesische *Assembleia da República*, rumänischer *Senat*, slowakische *Národná rada*, slowenischer *Državni svet*, zyprische *Vouli ton Antiprosopon* und Europäisches Parlament).

Weitere beliebte Antworten zu den als besonders effektiv erachteten Maßnahmen lauteten unter anderem:

-) Lockerung der Regeln für staatliche Beihilfen (französischer *Sénat*, italienische *Camera dei deputati*, italienischer *Senato della Repubblica*, luxemburgische *Chambre des Députés*, maltesische *Kamra tad-Deputati*, rumänischer *Senat*, slowakische *Národná rada*, ungarischer *Országgy lés*, zyprische *Vouli ton Antiprosopon*) und der Wettbewerbsvorschriften (*Deutscher Bundestag*);
-) Flexibilität bei den EU-Fiskalregeln einschließlich der Aktivierung der allgemeinen „Ausweichklausel“ des Stabilitäts- und Wachstumspakts (*Deutscher Bundestag*, italienische *Camera dei deputati*, italienischer *Senato della Repubblica*, luxemburgische *Chambre des Députés*, maltesische *Kamra tad-Deputati*, rumänischer *Senat*, slowakische *Národná rada*, ungarischer *Országgy lés*, zyprische *Vouli ton Antiprosopon*, Europäisches Parlament);
-) Maßnahmen der Europäischen Zentralbank, namentlich das Pandemie-Notfallankaufprogramm (Pandemic Emergency Purchase Programme, PEPP) (*Deutscher Bundestag*, italienische *Camera dei deputati*, Europäisches Parlament);

- J Maßnahmen der Europäischen Investitionsbank, namentlich der Paneuropäische Garantiefonds (EGF) als Reaktion auf die COVID-19-Krise (slowakische *Národná rada*, zyprische *Vouli ton Antiprosopon*, Europäisches Parlament);
- J Flexibilität und Umschichtung der Struktur- und sonstigen EU-Fonds sowie Unterstützung durch die Investitionsinitiative zur Bewältigung der Coronavirus-Krise (italienische *Camera dei deputati*, italienischer *Senato della Repubblica*, lettische *Saeima*, slowakische *Národná rada*, ungarisches *Országgyűlés*, zyprische *Vouli ton Antiprosopon*).

In diesem Zusammenhang verwies der polnische *Sejm* auf das Leitlinien- und Empfehlungspaket der Europäischen Kommission, das den Mitgliedstaaten die allmähliche Aufhebung der Reisebeschränkungen erleichtern sollte, während der polnische *Senat* den Vorschlag zur Änderung der Verordnung (EU) 2016/369 des Rates über die Bereitstellung von Soforthilfe innerhalb der Union anführte. Die rumänische *Camera Deputa ilor* hob insbesondere die Unterstützung für die Agrar- und Nahrungsmittelmärkte hervor. Das Europäische Parlament unterstrich außerdem, wie wichtig die Einführung der europäischen Arbeitslosenrückversicherungsregelung sei.

Österreichischer *Nationalrat* und *Bundesrat* und die slowakische *Národná rada* unterstützten die Ergebnisse des Europäischen Rates vom 17.-21. Juli 2020. Die italienische *Camera dei deputati* und die zyprische *Vouli ton Antiprosopon* befürworteten den EU-Aufbauplan „NextGenerationEU“. Die niederländische *Tweede Kamer* erklärte, dass der EU-Aufbauplan auf Vorbehalte gestoßen sei, vor allem zum Grundsatz der darlehensbasierten Beihilfen für Mitgliedstaaten, und dass das Konditionalitätsprinzip hinsichtlich der Strukturreformen im Mittelpunkt der Diskussionen gestanden habe. Der *Deutsche Bundestag* nannte insbesondere das InvestEU-Programm, während die rumänische *Camera Deputa ilor* auf das Programm EU4Health verwies.

Die belgische *Chambre des représentants* berichtete, dass der Sonderausschuss zur COVID-19-Krise die Maßnahmen bewerte und sein Bericht noch in Arbeit sei. Das finnische *Eduskunta* wartete noch auf die Bewertung der finnischen Regierung zu den kurz- und langfristigen Auswirkungen der Konjunkturpakete.

Mehrere Befragte gaben an, sie hätten hierzu keinen (offiziellen) Standpunkt (belgischer *Sénat*, dänisches *Folketing*, estnischer *Riigikogu*, griechische *Vouli ton Ellinon*, spanische *Cortes Generales*, tschechische *Poslanecká sněmovna*). Der tschechische *Senát* erklärte, dass er die Maßnahmen auf EU-Ebene prinzipiell befürworte.

2.10.a Auf die Frage, welche Prioritäten und Schwerpunkte bei der Ausgestaltung des Maßnahmenpaketes auf europäischer Ebene zur Bewältigung der ökonomischen und sozialen Folgen der COVID-19-Pandemie gesetzt werden sollten, antworteten sechs Parlamente/Kammern, dass sie diesbezüglich keinen Standpunkt hätten und/oder die Frage noch nicht erörtert worden sei.

Unter den von den Antwortenden angegebenen Maßnahmen erwiesen sich der ökologische und digitale Wandel, Beschäftigung, Innovation, Forschung und Entwicklung sowie Gesundheit als die wichtigsten Politikbereiche, denen bei der Festlegung des Maßnahmenpakets auf EU-Ebene zur Abfederung der ökonomischen und sozialen Folgen der COVID-19-Pandemie Priorität eingeräumt werden sollte. In Bezug auf die Beschäftigung betonte die französische *Assemblée nationale*, dass der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und prekärer Beschäftigung besondere Bedeutung beizumessen sei. Mehrere Parlamente/Kammern forderten eine Fokussierung auf die soziale Dimension (lettische *Saeima*), insbesondere auf die Verringerung sozialer Ungleichheit (bulgarische *Narodno sabranie*).

und luxemburgische *Chambre des Députés*), die soziale Inklusion (italienischer *Senato della Repubblica*) und die Verwirklichung der Ziele der Säule sozialer Rechte (italienische *Camera dei deputati*). Ergänzend dazu setzte sich der italienische *Senato della Repubblica* für den Schutz von Arbeitnehmerrechten ein, während sich die maltesische *Kamra tad-Deputati* dafür aussprach, Unternehmen bei der Anpassung an ein neues wirtschaftliches Umfeld zu unterstützen. Der deutsche *Bundesrat* und die griechische *Vouli ton Ellinon* brachten ihre Unterstützung für KMU zum Ausdruck. Auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung plädierte der slowenische *Državni svet* für ein stärkeres Gewicht auf medizinischer Forschung und Antriebstechnologien sowie auf künstlicher Intelligenz. Einige Befragte nannten auch Bildung als wünschenswerten Schwerpunktbereich (italienischer *Senato della Repubblica*, slowenischer *Državni svet*).

Mehrere Parlamente/Kammern führten weitere prioritäre wirtschaftliche Aspekte auf, etwa Nachhaltigkeit, Resilienz (estnischer *Riigikogu*, deutscher *Bundesrat*, französischer *Sénat*, portugiesische *Assembleia da República*), Wettbewerbsfähigkeit (deutscher *Bundesrat*, italienischer *Senato della Repubblica*, portugiesische *Assembleia da República*) und Konvergenz (deutscher *Bundesrat*, slowakische *Národná rada*). Der französische *Sénat* forderte die Rückverlagerung strategischer Produktion und die Sicherung der technologischen und digitalen Souveränität – ein Standpunkt, dem sich auch der slowenische *Državni svet* und das Europäische Parlament anschlossen. Der italienische *Senato della Repubblica* sprach sich für einen Abbau der territorialen Ungleichheiten und die Entwicklung einer leistungsstarken Infrastruktur aus, während der estnische *Riigikogu* eine effizientere Krisenreaktion forderte. Das Europäische Parlament plädierte für eine Diversifizierung der Lieferketten und eine Neuausrichtung der Handelspolitik. Der deutsche *Bundesrat* forderte eine Stärkung der kohäsionspolitischen Maßnahmen und eine Beibehaltung der EU-Garantien für regionale Entwicklungsbanken, während der polnische *Sejm* den Einsatz der kohäsionspolitischen Instrumente zur Eindämmung der negativen Folgen des wirtschaftlichen Abschwungs befürwortete.

Der polnische *Sejm* brachte seine Unterstützung für den Vorschlag der Europäischen Kommission für einen Aufbauplan zum Ausdruck, während die rumänische *Camera Deputa ilor* die Prioritäten unterstützte, die von den Mitgliedstaaten bereits im Rahmen der strategischen Agenda 2019-2024 der EU vereinbart worden waren.

Österreichischer *Nationalrat* und *Bundesrat* begrüßten den Schwerpunkt auf dem Programm EU4Health, der Aufbau- und Resilienzfähigkeit, dem Fonds für einen gerechten Übergang, der regionalen Entwicklung im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) und dem Programm Horizont Europa als gute Ausgangsbasis für die Ausgestaltung des Maßnahmenpakets.

Der *Deutsche Bundestag* plädierte für die Umsetzung der im Rahmen des Europäischen Semesters empfohlenen Reformen, die Förderung koordinierter wirtschafts- und sozialpolitischer Maßnahmen und fiskalpolitische Instrumente.

Verschiedene Parlamente/Kammern machten Bemerkungen allgemeinerer Art zu möglichen Prioritäten des Aufbaupakets. Das finnische *Eduskunta* und der estnische *Riigikogu* legten einen Schwerpunkt auf die Stärkung des Binnenmarktes insgesamt. Die lettische *Saeima* betonte, dass die Maßnahmen den dringenden und mittelfristigen Bedürfnissen der Regionen oder Mitgliedstaaten entsprechen müssten, und der schwedische *Riksdag* ergänzte, dass sie gezielt für die Teile der EU bestimmt sein sollten, die sowohl wirtschaftlich als auch sozial am stärksten betroffen seien. Der ungarische *Országgyűlés* und der polnische *Senat* stellten fest, dass sich die Pandemie auf Mitgliedstaaten, Regionen, Unternehmen und Berufe unterschiedlich ausgewirkt habe, und vertraten

die Ansicht, dass die Festlegung von Prioritäten von oben herab dieselben wirkungslos machen könne. Während der polnische *Senat* unterstrich, dass Maßnahmen auf EU-Ebene alle Bereiche des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens abdecken sollten, plädierte der ungarische *Országgyűlés* dafür, sich auf den Schutz von Menschenleben und Arbeitsplätzen sowie die Wiederankurbelung des Wirtschaftswachstums zu konzentrieren. Letzteres wurde auch von der maltesischen *Kamra tad-Deputati* und dem schwedischen *Riksdag* befürwortet.

Der rumänische *Senat* vertrat die Auffassung, dass die von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen für die Phase nach der Krise direkt für die am stärksten betroffenen Zielgruppen – Bürgerinnen und Bürger, KMU, öffentliche Güter und Dienstleistungen – bestimmt sein sollten, und stellte fest, dass in Bereichen, die gemeinhin in der Zuständigkeit der Regierungen lägen, wie etwa die Finanzierung des Gesundheitswesens und die Vorbereitung der erforderlichen Fachkräfte, seitens der EU Handlungsbedarf bestehe.

Neben der Darstellung der Prioritäten, die bei der Ausgestaltung des Maßnahmenpakets zur Bewältigung der ökonomischen und sozialen Folgen der COVID-19-Pandemie auf EU-Ebene im Mittelpunkt stehen sollten, machten sich mehrere Parlamente/Kammern Gedanken über die Verfahrensweise und die allgemeinen Rahmenbedingungen.

Österreichischer *Nationalrat* und *Bundesrat* schlugen vor, die Wirksamkeit des SURE-Instruments zu überwachen und zu bewerten.

Die niederländische *Tweede Kamer* betonte das Konditionalitätsprinzip bei den europäischen Unterstützungsprogrammen.

Nach Auffassung des finnischen *Eduskunta* sollten Transparenz und verantwortungsvolle Verwaltung eine Richtschnur bei der Konzipierung der Maßnahmen sein, wobei nur diejenigen Maßnahmen gefördert werden sollten, die als besonders wirksam angesehen würden. Dem finnischen *Eduskunta* sei die Fortsetzung der Diskussion über die Finanzierbarkeit der Schuldenlast in Europa ausgesprochen wichtig.

Der französische *Sénat* empfahl die rasche Bewilligung der nationalen Aufbaupläne und die Weiterentwicklung des EU-Eigenmittelsystems, um die Rückzahlung des gemeinschaftlichen Kredits zu unterstützen, sowie die Einführung von Subventionen und Bürgschaften in Abhängigkeit vom Ausmaß der durch die Krise ausgelösten Rezession.

Im Zusammenhang mit dem ökologischen und digitalen Wandel forderte die italienische *Camera dei deputati* eine horizontale und sektorübergreifende Betrachtung der einzelnen Themen.

Um die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie in den Griff zu bekommen, solle nach Auffassung des polnischen *Sejm* der Referenzzeitraum Ende 2019 oder am Ende des ersten Quartals 2020 beginnen und Mitgliedstaaten umfassen, die sich bei den Kriterien für die Mittelzuweisung und die erwarteten Wachstumseinbußen in der Konvergenzphase befanden. Der polnische *Sejm* führte aus, eine rasche Erstattung aus dem EU-Haushalt für die von den Begünstigten der Kohäsionspolitik getragenen Kosten könne ein wichtiger Mechanismus sein, um die negativen Auswirkungen der Pandemie zu bekämpfen.

Die rumänische *Camera Deputa ilor* betonte, dass die Balance zwischen den Aufbaumaßnahmen und den zuvor vereinbarten Zielen der strategischen Agenda der EU zu wahren sei, und forderte einen

wirksamen Mechanismus, um dem Missbrauch staatlicher Beihilfen und seinen negativen Auswirkungen auf Wettbewerb und Unternehmertum vorzubeugen.

Die slowakische *Národná rada* vertrat die Ansicht, dass die Maßnahmen die notwendige Flexibilität und einen angemessenen zeitlichen Rahmen für eine effiziente Mittelzuteilung gewährleisten sollten, die Kofinanzierungsregeln jedoch aus Solidarität gegenüber den weniger entwickelten Mitgliedstaaten und Regionen unverändert bleiben sollten.

Nach Auffassung des schwedischen *Riksdag* sollten die EU-Maßnahmen zur Unterstützung der Konjunktur temporär, zielgerichtet, verhältnismäßig und mit Blick auf den Haushalt restriktiv sein, wobei soweit wie möglich auf bestehende Instrumente und Finanzierungsformen anstatt auf neue EU-Eigenmittel zurückgegriffen werden sollte. Darüber hinaus trat der schwedische *Riksdag* dafür ein, dass der Schwerpunkt auf den ersten Jahren der Erholung liegen sollte und die Unterstützung nur zur Krisenbewältigung und -nachsorge verwendet werde. Dem schwedischen *Riksdag* zufolge sollte die Unterstützung der Mitgliedstaaten mit den wirtschaftspolitischen Vorgaben der EU und gegebenenfalls mit den länderspezifischen Empfehlungen vereinbar sein, wobei die Förderung der Grundwerte der EU eine Voraussetzung bilden sollte. Ferner war der schwedische *Riksdag* der Auffassung, dass die Förderung privater Investitionen einen erheblichen Mehrwert hervorbringen sowie nachfrageorientiert und finanziell tragfähig sein sollte.

Das Europäische Parlament erinnerte an seine EntschlieÙung vom 17. April 2020, in der es ein umfangreiches Konjunkturpaket zum Umbau der Wirtschaft und Stärkung ihrer Widerstandsfähigkeit, zur Unterstützung von KMU und zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Kompetenzen fordere, um so die Auswirkungen der Krise auf Arbeitnehmer, Verbraucher und Familien abzufedern. Das Europäische Parlament forderte außerdem einen ehrgeizigen Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR), eine Reform des EU-Eigenmittelsystems, um das Konjunkturpaket zu garantieren, und die Nutzung aller Mittel und nicht ausgegebenen Gelder im laufenden EU-Haushalt.

2.10.b Elf der 25 antwortenden Parlamente/Kammern sprachen sich dafür aus, neben der Digitalisierung den Klimaschutz und die Nachhaltigkeit in den Mittelpunkt des Maßnahmenpakets zur Unterstützung der Konjunktur zu stellen.

Das finnische *Eduskunta* unterstrich, dass der Aufbauplan die EU bei der Erreichung ihrer Klimaziele unterstützen sollte. Der deutsche *Bundesrat* forderte, hinreichend auf wettbewerbsfähige Nachhaltigkeit in der EU zu achten, und merkte an, dass bei öffentlichen Investitionen das grüne Gebot „Verursache keine Schäden“ einzuhalten sei, wobei einer intakten Natur und hohen Biodiversität besondere Bedeutung beizumessen sei.

Im Zusammenhang mit der Digitalisierung trug die italienische *Camera dei deputati* vor, dass die Kreislaufwirtschaftsstrategie, vor allem der Umbau einiger Branchen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze, mit den Zielen der Digitalisierung, insbesondere der Datenstrategie und der Schaffung einer europäischen Cloud, einhergehe. Daneben unterstrich der italienische *Senato della Repubblica*, dass die aus der Pandemie gezogenen Lehren deutlich machten, wie wichtig effizientere Systeme des Daten- und Informationsaustauschs und eine stärkere Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten seien.

Der litauische *Seimas* unterstrich, dass die Bedürfnisse der Mitgliedstaaten und die dortigen Auswirkungen der Krise bei den Beratungen über die Mittelzuweisungen aus dem Aufbaufonds zu berücksichtigen seien, und plädierte vorrangig für Investitionen, die zu Strukturreformen, zum

ökologischen und digitalen Wandel und zur besseren Gesundheitsversorgung beitragen. Der slowenische *Državni svet* forderte mehr Investitionen in den digitalen Wandel, künstliche Intelligenz und klimaneutrale Technologien.

Der französische *Sénat* betonte, dass die Bekämpfung des Klimawandels, eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung und soziale Inklusion in Einklang gebracht werden müssten, und erklärte, dass die Europäische Union sich keiner Technologie verschließen solle, um die ehrgeizigen Ziele gerade im Hinblick auf Klimaneutralität und Energieeffizienz zu erreichen.

Einige Parlamente/Kammern zeigten sich unterdessen zurückhaltender.

Der rumänische *Senat* betonte, dass eine Balance gefunden werden müsse zwischen der seitens der EU gewährten finanziellen Unterstützung an die einzelnen Mitgliedstaaten, um die Klima- und Nachhaltigkeitsziele zu erreichen, und den finanziellen Bedürfnissen und Möglichkeiten der einzelnen Mitgliedstaaten, und zwar so, dass die gesetzten Ziele nicht über das hinausgingen, was der jeweilige Mitgliedstaat an Finanzhilfen zu leisten imstande sei.

Die tschechische *Poslanecká sn movna* mahnte bei der Verknüpfung der Pandemiereaktion mit den Maßnahmen zur Konjunkturbelebung zur Vorsicht. Die maltesische *Kamra tad-Deputati* vertrat die Auffassung, dass das Überleben der realen Wirtschaftstätigkeiten und der Erhalt von Arbeitsplätzen oberste Priorität haben solle. Der polnische *Senat* betrachtete die Reduzierung der Treibhausgasemissionen als einen tiefgreifenden Eingriff in verschiedene Sektoren der Wirtschaft, der mit Erweiterung des Kompetenzzumfangs der EU zusammenhängen könne, und vertrat die Auffassung, dass die Entscheidung über die weitere Entwicklung einer Subsidiaritätsbewertung der nationalen Parlamente und Mitgliedstaaten unterliegen solle, wobei die Realisierbarkeit innerhalb des Energiemixes des jeweiligen Mitgliedstaates zu berücksichtigen sei.

Drei Parlamente/Kammern antworteten, dass die Frage noch nicht erörtert worden sei.

2.11 Die Mehrheit der Parlamente/Kammern (20 von 35) gab an, sie habe keine Meinung zu der Frage, ob die Vergabe von EU-Mitteln an die Einhaltung von CO₂-Grenzwerten gekoppelt werden solle. Sechs Befragte waren dafür, die Vergabe von EU-Mitteln an die Einhaltung von CO₂-Grenzwerten zu koppeln, während sich sieben Parlamente/Kammern gegen eine solche Möglichkeit aussprachen. Die belgische *Chambre des représentants* erkannte an, dass die Vereinbarkeit mit dem europäischen Grünen Deal eine wichtige Voraussetzung für die Gewährung von Fördergeldern sei.

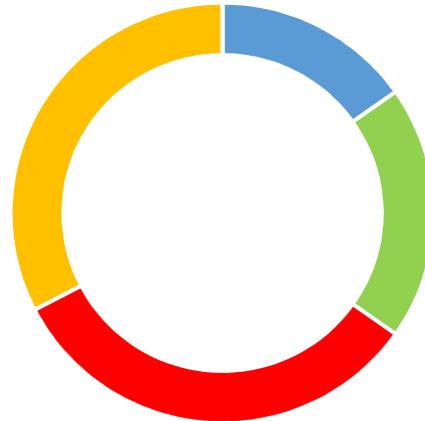
2.12.a Die Mehrheit der Parlamente/Kammern (20 von 27) sprach sich dafür aus, zusätzlich zur Abgabe für nicht recycelte Verpackungsabfälle neue EU-Eigenmittel einzuführen; sieben Befragte waren dagegen.

2.12.b In Weiterführung der vorangegangenen Frage wurde in 19 von 23 Antworten die Einführung von zumindest einer neuen Quelle für EU-Eigenmittel begrüßt.

-) Ein nationaler Beitrag auf der Grundlage der gemeinsamen konsolidierten Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage wurde von sieben Parlamenten/Kammern unterstützt (bulgarische *Narodno sabranie*, *Deutscher Bundestag*, französische *Assemblée nationale*, italienische *Camera dei deputati*, italienischer *Senato della Repubblica*, polnischer *Sejm*, Europäisches Parlament).

- J Einnahmen aus dem EU-Emissionshandelssystem stießen bei neun Parlamenten/Kammern auf Zustimmung (belgischer *Sénat*, *Deutscher Bundestag*, französische *Assemblée nationale*, italienische *Camera dei deputati*, italienischer *Senato della Repubblica*, luxemburgische *Chambre des Députés*, portugiesische *Assembleia da República*, rumänische *Camera Deputa ilor*, Europäisches Parlament).
- J Neue EU-Eigenmittel auf der Grundlage einer Digitalsteuer wurden von 15 Parlamenten/Kammern begrüßt (belgische *Chambre des représentants*, belgischer *Sénat*, *Deutscher Bundestag*, französische *Assemblée nationale*, italienische *Camera dei deputati*, italienischer *Senato della Repubblica*, lettische *Saeima*, luxemburgische *Chambre des Députés*, österreichischer *Nationalrat* und *Bundesrat*, polnischer *Sejm*, portugiesische *Assembleia da República*, rumänische *Camera Deputa ilor*, rumänischer *Senat*, slowakische *Národná rada*, tschechischer *Senát*).
- J Ein Grenzausgleich für entstandene CO₂-Kosten erhielt die Unterstützung von 15 Parlamenten/Kammern (belgische *Chambre des représentants*, belgischer *Sénat*, bulgarische *Narodno sabranie*, *Deutscher Bundestag*, französische *Assemblée nationale*, griechische *Vouli ton Ellinon*, italienische *Camera dei deputati*, italienischer *Senato della Repubblica*, lettische *Saeima*, polnischer *Sejm*, portugiesische *Assembleia da República*, rumänische *Camera Deputa ilor*, slowakische *Národná rada*, tschechischer *Senát*, Europäisches Parlament).

In welcher Form sollten neue EU-Eigenmittel eingeführt werden?



- Nationaler Beitrag auf der Grundlage der gemeinsamen konsolidierten Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage
- Einnahmen aus dem EU-Emissionshandelssystem
- Digitalsteuer
- Grenzausgleich für entstandene CO₂-Kosten

Fünf Parlamente/Kammern (belgische *Chambre des représentants*, *Deutscher Bundestag*, griechische *Vouli ton Ellinon*, italienische *Camera dei deputati*, Europäisches Parlament) schlugen weitere Quellen für neue EU-Eigenmittel vor, beispielsweise eine Finanztransaktionssteuer. Der rumänische *Senat* forderte neue Eigenmittel durch die Besteuerung global agierender Großkonzerne aus dem Bereich der Informationstechnologie und regte eine Nutzungsgebühr an, die sich an der Menge der von diesen Unternehmen gewonnenen und genutzten Daten bemessen sollte.

Der *Deutsche Bundestag* betonte, dass der genaue Charakter der vom Europäischen Rat im Juli 2020 vorgestellten neuen Eigenmittel noch zu prüfen sei. Das finnische *Eduskunta* wies darauf hin, dass sein endgültiger Standpunkt zu dieser Frage davon abhängig sein werde, wie sich der Vorschlag für neue EU-Eigenmittel insgesamt auswirke, während die griechische *Vouli ton Ellinon* betonte, dass mit neuen EU-Eigenmitteln die Übertragung übermäßiger finanzieller Lasten auf die weniger wohlhabenden Mitgliedstaaten verhindert werden solle. Die maltesische *Kamra tad-Deputati* präferierte neue Eigenmittel durch Einnahmen aus dem EU-Emissionshandelssystem, allerdings nur in der Form, wie sie ursprünglich von der Kommission 2018 vorgeschlagen wurden.

Ganz generell vertrat das finnische *Eduskunta* die Auffassung, dass zielgerichtete umweltbezogene Steuern sich günstig auf die Ausrichtung der EU-Aktivitäten auf gemeinsam gesteckte Klima- und Umweltziele auswirken könnten, und schlug vor, etwaige Maßnahmen auf EU-Ebene zur Unterstützung der Finanzen des öffentlichen Sektors und der Transparenz des Finanzsektors zu prüfen.

Der französische *Sénat* sprach sich für eine Erhöhung der EU-Eigenmittel aus, um einen ehrgeizigen Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) zu ermöglichen und die nationalen Beiträge zur Finanzierung der Union in Grenzen zu halten.

Das Europäische Parlament bekundete seine Unterstützung für die Einführung einer Palette neuer Eigenmittel zur Erzeugung eines echten EU-Einkommens, um die Kosten für die Mittelaufnahme im Rahmen des europäischen Aufbauinstruments mittel- bis langfristig zu refinanzieren, und zwar mit dem Ziel, zusätzliche Belastungen der nationalen Haushalte (durch höhere bruttonational-einkommens-basierte Beiträge) und einen unnötigen Druck auf Investitionsinstrumente sowie Ausgabenprogramme im Rahmen des MFR zu vermeiden. Neue Eigenmittel, die vom Europäischen Parlament ausdrücklich erwähnt wurden, umfassten Einnahmen aus dem Emissionshandelssystem, der Finanztransaktionssteuer, dem CO₂-Grenzausgleichssystem, einer Digitalabgabe und der gemeinsamen konsolidierten Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage, wobei mögliche weitere Quellen geprüft werden könnten.

Der polnische *Senat* und die spanischen *Cortes Generales* erklärten, dass diese Frage noch nicht auf Ebene des zuständigen Ausschusses erörtert und kein Ad-hoc-Beschluss zu diesem konkreten Thema gefasst worden sei, während das finnische *Eduskunta* keine eindeutige Antwort geben konnte, da die Beratungen im Parlament noch im Gange seien.

2.13.a Von den 32 Befragten, die eine Antwort übermittelten, sprachen sich 14 eindeutig dafür aus, EU-Mittel, z. B. aus den Kohäsionsfonds, in substantiellem Maße einzubehalten, wenn eindeutige Gefahren einer schwerwiegenden Verletzung der Rechtsstaatlichkeit vorliegen, die die finanziellen Interessen der EU gefährdeten. Der belgische *Sénat* erklärte, dass die meisten Mitglieder der Senatsdelegation im Föderalen Beratungsausschuss für Europäische Angelegenheiten die Idee befürworteten. Die bulgarische *Narodno sabranie* ergänzte, dass das Rechtsstaatsprinzip für die Vergabe von allen EU-Mitteln gelten solle.

Das Europäische Parlament erinnerte an seinen am 4. April 2019 in erster Lesung angenommenen Standpunkt zu dem Vorschlag für eine Verordnung über den Schutz des Haushalts der Union im Falle von generellen Mängeln in Bezug auf das Rechtsstaatsprinzip in den Mitgliedstaaten, der auch Änderungen umfasse, um den Begriff „generelle Mängel“ genauer zu fassen.

Einige Parlamente/Kammern rieten dazu, diese Frage mit Bedacht anzugehen (italienischer *Senato della Repubblica*), erinnerten an die bestehenden Mechanismen zur Aufrechterhaltung der Rechtsstaatlichkeit (zyprische *Vouli ton Antiprosopon*) und warnten vor einer Duplizierung von Instrumenten oder Mechanismen (polnischer *Sejm*, rumänische *Camera Deputa ilor*) oder einer Verschärfung der Konditionalität, die den Einsatz der Fonds beeinträchtigen könne (maltesische *Kamra tad-Deputati*). Die rumänische *Camera Deputa ilor* bevorzuge einen leistungsstarken und transparenten Mechanismus, der für alle Mitgliedstaaten gleichermaßen gelte. Die italienische *Camera dei deputati* forderte eine Beurteilung des Mehrwerts der Konditionalitätsregelung, bei der die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit mit der Vergabe von EU-Mitteln verknüpft werde. Die zyprische *Vouli ton Antiprosopon* war der Auffassung, dass eine Einbehaltung von EU-Mitteln erst erwogen werden solle, nachdem schwerwiegende Verstöße stattgefunden hätten, und fügte hinzu, dass die Einbehaltung von Mitteln im Voraus auf eine mangelnde Achtung der institutionellen Abläufe und Garantien vonseiten der EU hindeute.

Mehrere Parlamente/Kammern äußerten sich eher generell zu dem Thema. Der estnische *Riigikogu* lobte die Achtung der Rechtsstaatlichkeit in allen Mitgliedstaaten. Der rumänische *Senat* befürwortete die Schaffung eines Mechanismus, mit dem der EU-Haushalt geschützt werde, sollten allgemeine rechtsstaatliche Defizite in den Mitgliedstaaten sich auf ihn auswirken oder auszuwirken drohen. Das finnische *Eduskunta* betonte, dass der Vorschlag im Hinblick auf die Stärkung des Rechtsstaatlichkeitsinstrumentariums und den Schutz der finanziellen Interessen der EU von Bedeutung sei. Die maltesische *Kamra tad-Deputati* erkannte an, dass eine effektive Achtung der Rechtsstaatlichkeit Voraussetzung für einen hinreichenden Schutz der EU-Ausgaben in den Mitgliedstaaten sei. Der slowenische *Državni svet* vertrat die Auffassung, dass der bedingungslosen Geltung der Werte der EU, einschließlich der Rechtsstaatlichkeit, angemessene Bedeutung einzuräumen sei, während der ungarische *Országgyűlés* den Schutz der finanziellen Interessen der EU als ein gemeinsames Ziel erachtete.

Die Notwendigkeit, klare und objektive Kriterien für die Aktivierung des „Sanktions“-Mechanismus festzulegen sowie ein transparentes Bewertungsverfahren zu entwickeln, wurde vom ungarischen *Országgyűlés*, der italienischen *Camera dei deputati* und dem französischen *Sénat* erwähnt. Der französische *Sénat* regte zudem an, die Überlegungen zu den Modalitäten auszuweiten und auch ohne Kooperation getroffene Maßnahmen, insbesondere im sozialen und steuerlichen Bereich, zu berücksichtigen.

Demgegenüber forderte der polnische *Sejm* eine Streichung des vorgeschlagenen Mechanismus – d. h. der Verknüpfung der Zahlungen aus dem EU-Haushalt mit der Frage der Rechtsstaatlichkeit – aus dem Verordnungsentwurf und führte aus, dass die Einführung eines Verfahrens, bei dem EU-Haushalt und Rechtsstaatlichkeit verknüpft würden, durch die Verträge nicht gedeckt sei.

Fünf Parlamente/Kammern gaben an, sie hätten zu der Frage keine Meinung oder das Thema noch nicht erörtert.

2.13.b Gebeten um ihre Meinung, welches das geeignete Verfahren sei, um den Mechanismus zur Feststellung der eindeutigen Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der Rechtsstaatlichkeit, die die finanziellen Interessen der EU gefährdet, zu aktivieren, entschieden sich 17 von 30 Parlamenten/Kammern für eine der folgenden vorgeschlagenen Optionen:

- J Einstimmigkeit im Rat wurde von fünf Parlamenten/Kammern favorisiert (griechische *Vouli ton Ellinon*, maltesische *Kamra tad-Deputati*, slowenischer *Državni zbor*, tschechische *Poslanecká sn movna*, ungarischer *Országgy lés*);
- J Für eine umgekehrte qualifizierte Mehrheit im Rat sprachen sich fünf Parlamente/Kammern aus (belgischer *Sénat*, dänisches *Folketing*, französische *Assemblée nationale*, schwedischer *Riksdag*, Europäisches Parlament);
- J Eine qualifizierte Mehrheitsentscheidung des Rates erhielt Unterstützung von sechs Parlamenten/Kammern (bulgarische *Narodno sabranie*, italienische *Camera dei deputati*, italienischer *Senato della Repubblica*, luxemburgische *Chambre des Députés*, niederländische *Tweede Kamer*, portugiesische *Assembleia da República*).

Sechs Parlamente/Kammern erklärten, sie hätten in dieser Frage keine Meinung, die Diskussion sei noch im Gange oder habe nicht stattgefunden.

Während es die rumänische *Camera Deputa ilor* für notwendig hielt, den Vorschlag insgesamt noch weiter zu prüfen, forderte der *Deutsche Bundestag*, ein Abstimmungsverfahren zu entwickeln, das es einer Minderheit im Rat nicht ermögliche, den Mechanismus zu blockieren, und somit dessen Wirksamkeit sicherstelle. Der österreichische *Nationalrat* und *Bundesrat* regten an, dieses Thema im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas zu erörtern. Der deutsche *Bundesrat* erklärte, dass ein Eingreifen der EU im Falle von schwerwiegenden Verstößen gegen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in ihren Mitgliedstaaten erforderlich sei. Der polnische *Sejm* unterstrich, dass der Europäische Rat die endgültige Entscheidung darüber treffen müsse, ob Sanktionen verhängt würden.

Der tschechische *Senát* erklärte sich nicht einverstanden mit dem vorgeschlagenen Entscheidungsverfahren, wonach der Kommissionsvorschlag als vom Rat angenommen gelten würde, es sei denn, dieser beschließe mit qualifizierter Mehrheit, den Vorschlag abzuweisen. Der *Senát* forderte ein Verfahren, das einerseits einer kleinen Zahl von Mitgliedstaaten nicht erlaube, die Annahme des Beschlusses durch die Mehrheit zu blockieren, und das andererseits die Zustimmung einer qualifizierten Mehrheit der Mitgliedstaaten erfordere.

Digitale Zukunft Europas und sichere Kommunikation

2.14 Im Zusammenhang mit künstlicher Intelligenz (KI), Daten und digitaler Zukunft führte die Hälfte der Befragten, die eine Antwort übermittelten (16 von 32 Parlamenten/Kammern) den Einsatz digitaler Technologien in zumindest einem der folgenden Bereiche auf: öffentliche Verwaltung, Bildung und Gesundheitswesen.

Im Bereich der öffentlichen Verwaltung verwiesen die Befragten auf den Einsatz digitaler Werkzeuge im Zusammenhang mit der Online-Antragstellung, der Zahlung von Steuern und Gebühren (bulgarische *Narodno sabranie*) sowie elektronischen Behördendiensten im Allgemeinen.

Hinsichtlich des Bildungsbereichs waren sich die meisten Parlamente/Kammern darin einig, dass digitale Bildung, eine Stärkung digitaler Kompetenzen im Bildungssystem (deutscher *Bundesrat*), die Digitalisierung des Lernens und der Lernwerkzeuge (italienischer *Senato della Repubblica*) und eine verantwortungsbewusste Forschung und Innovation (rumänische *Camera Deputa ilor*) von Bedeutung seien.

In Bezug auf Gesundheit waren die Befragten der Auffassung, dass die Nutzung von Gesundheitsdaten und künstlicher Intelligenz zur Bekämpfung der Ausbreitung von Infektionskrankheiten sowie bei der Digitalisierung von ärztlicher Betreuung und von Präventionsangeboten zur Etablierung der Telemedizin beitragen könnten.

Von den Parlamenten/Kammern wurden noch weitere potenzielle Anwendungsbereiche genannt, etwa die Industrie und die Entwicklung von KMU (französische *Assemblée Nationale*, italienischer *Senato della Repubblica*, rumänische *Camera Deputa ilor*) sowie die schnellere Entwicklung von Impfstoffen (bulgarische *Narodno sabranie*). Genannt wurden in diesem Zusammenhang auch Telearbeit, E-Learning, elektronischer Handel und elektronische Behördendienste (deutscher *Bundesrat*), die Digitalisierung von rechtlichen Abläufen und der Arbeitsweise der Gerichte sowie von Zivil- und Verwaltungsverfahren (Europäisches Parlament), die Verringerung des Regelungsaufwands und die Verbesserung des Finanzierungs- und Marktzugangs (rumänischer *Senat*).

Den KMU Zugang zu künstlicher Intelligenz zu verschaffen, wurde als Kernelement einer erfolgreichen Nutzung und Entwicklung von KI in Europa angesehen (deutscher *Bundesrat*), was ebenso für mögliche Anwendungsbereiche in der industriellen Produktion und bei strategischen Lieferketten gelte (italienischer *Senato della Repubblica*). In diesem Zusammenhang erklärte der französische *Sénat*, dass die Einführung von 5G-Netzen, verbunden mit europäischen Sicherheitsstandards, beschleunigt und auf EU-Ebene koordiniert werden müsse, um die Konjunktur und die Wettbewerbsfähigkeit, namentlich für KMU, im Zuge des Aufschwungs zu beleben.

In Bezug auf die elektronischen Behördendienste schlug der estnische *Riigikogu* die Entwicklung eines Aktionsplans vor, mit dem sichergestellt werden solle, dass die Ziele der Erklärung von Tallinn erreicht würden, und erachtete es als wichtig, die eIDAS-Verordnung zu überprüfen und sie gemeinsam mit der Dienstleistungsrichtlinie und der Verordnung über ein einheitliches digitales Zugangstor umzusetzen.

Weitere aufgeworfene Fragestellungen betrafen den Datenschutz und die Cybersicherheit, vor allem in Bezug auf die Verfügbarkeit qualitativ guter Daten und das Spannungsfeld zwischen Datennutzung und Gewährleistung der Privatsphäre (niederländische *Tweede Kamer*). Gemeinsame Datenbanken im Allgemeinen (bulgarische *Narodno sabranie*) und konkret im europäischen Datenraum – durch Schaffung einer einheitlichen Organisationsstruktur, die eine sichere, transparente und effiziente Nutzung von Gesundheitsdaten zum Zwecke des Gesundheitsschutzes sowie für Forschung und Entwicklung ermöglicht (polnischer *Senat*) – wurden ebenfalls angesprochen.

Die portugiesische *Assembleia da República* verwies auf die bei ihr stattfindende Debatte über die Einführung einer Charta der Grundrechte im digitalen Raum und erklärte, sie erwarte eine gerechte und sichere Nutzung neuer Technologien und digitaler Werkzeuge, um Cyberbedrohungen zu bewältigen, Aktionspläne gegen Desinformationen zu erarbeiten sowie zugunsten des Datenschutzes und einer menschenzentrierten künstlichen Intelligenz. Der polnische *Sejm* stellte ebenfalls fest, dass der Austausch von Daten ein wesentlicher Faktor sei, und betonte zugleich, dass Datenschutz und Cybersicherheit zu wahren seien.

Es wurden noch weitere Überlegungen zu diesem Thema angestellt, etwa zur Bedeutung der digitalen Entwicklung für den ökologischen Wandel, zu digitalen Geschäftsmodellen, zum Binnenmarkt und zur Anpassung der Wettbewerbsvorschriften an den Einsatz von KI und Robotik. Im Zusammenhang mit dem letztgenannten Aspekt erachtete die maltesische *Kamra tad-Deputati* die Digitalisierung als

Chance, um sich bei einigen neuen Schlüsseltechnologien mittels gemeinsamer Forschungszentren einen Vorteil zu verschaffen, insbesondere bei der Vorherrschaft in der Cloud und bei der Robotik.

In einigen Parlamenten/Kammern war dieses Thema noch nicht erörtert worden, weshalb keine Meinung dazu abgegeben wurde (griechische *Vouli ton Ellinon*, litauischer *Seimas*, tschechische *Poslanecká sn movna*, zyprische *Vouli ton Antiprosopon*). Der ungarische *Országgy lés* merkte an, dass die Beratungen im Plenum und auf Ausschussebene noch im Gange seien. Die niederländische *Eerste Kamer* erklärte, sie verfüge über eine Arbeitsgruppe zu KI, die im September 2020 gebildet worden sei, weshalb bislang noch keine Ergebnisse vorlägen.

2.15 Sechszwanzig Parlamente/Kammern (von 28) stimmten zu, dass die Schaffung eines digitalen Binnenmarktes durch die Harmonisierung der Vorschriften für Technologie- und Onlineunternehmen eine Chance für den wirtschaftlichen Wiederaufschwung durch Generierung von Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen darstelle.

Lediglich zwei Kammern (maltesische *Kamra tad-Deputati* und polnischer *Sejm*) sahen dies nicht als Chance.

2.16 Die Mehrheit der Parlamente/Kammern (21 von 35) erklärte, dass persönliche Begegnungen, oder zumindest einige Aspekte solcher Begegnungen, durch Videokonferenzsysteme nicht ersetzt werden könnten, wobei einige präzisierten, dass diese Systeme als Alternative zum Einsatz kommen sollten, etwa für Ad-hoc-Sitzungen oder bei Mischformaten, da sie für kleine Gesprächsrunden besser geeignet seien.

Die rumänische *Camera Deputa ilor* sah in der digitalen Kommunikation zwischen nationalen Parlamenten auch Vorteile bedingt durch zeitliche und finanzielle Einsparungen. Abhängig von der Zahl und Art der interparlamentarischen Treffen solle Videokonferenzen in der derzeitigen Situation der Vorzug gegeben werden (ungarischer *Országgy lés*).

Für das Europäische Parlament bestand kein Grund, auf die Nutzung digitaler Mittel, wann immer diese für interparlamentarische Treffen oder andere Formen des interparlamentarischen Dialogs erforderlich seien, zu verzichten, außer es lägen außergewöhnliche Umstände vor.

Österreichischer *Nationalrat* und *Bundesrat* verwiesen auf die Möglichkeiten, die diese technischen Mittel böten, etwa die Zuschaltung von Hauptrednern oder Experten von Zuhause aus, die sonst nicht realisierbar wäre. Darüber hinaus könnten Ad-hoc-Sitzungen zu einem bestimmten Thema kurzfristig abgehalten werden (dänisches *Folketing*).

Einige Parlamente äußerten Bedenken im Hinblick auf die Anforderungen an Übersetzungstechnik und die hierbei bestehenden Grenzen (rumänische *Camera Deputa ilor*), Unterschiede bei den technischen Kapazitäten wie etwa der Netzwerkgeschwindigkeit (lettische *Saeima*), die Schwierigkeit, lebhafte Diskussionen, Debatten, Verhandlungen, Verabschiedung von Beiträgen/Schlussfolgerungen abzuhalten, und den Verlust der Möglichkeit, ins Gespräch zu kommen und zu netzwerken (deutscher *Bundesrat*, litauischer *Seimas*, tschechischer *Senát*).

Einige Parlamente/Kammern verwiesen auf ihre Arbeit in den Ausschüssen und im Plenum, wo Videokonferenz-Tools eingesetzt würden (bulgarische *Narodno sabranie*, slowenischer *Državni svet*), während andere darauf hinwiesen, dass es bei dem Thema noch an Konsens fehle (niederländische *Tweede Kamer*) und dass es bislang keinen Ad-hoc-Beschluss in dieser Frage gebe (spanische *Cortes Generales*).

2.17 Vierzehn von insgesamt 34 Antwortenden befürworteten die Entwicklung eines einheitlichen europäischen Konferenztools, um die digitale Souveränität der EU zu stärken, während 19 keine Meinung zu der Frage hatten.

Diejenigen, die sich dafür aussprachen, betonten vor allem, dass die Ermöglichung einer Simultanverdolmetschung bei diesem Tool sowie die Einhaltung der Datenschutzbestimmungen wichtig seien. Der ungarische *Országgyűlés* war der Auffassung, dass die Diskussionen über dieses Thema gemeinsam stattfinden und bewährte Praktiken untersucht werden sollten, bevor eine konkrete Idee dazu vorgestellt werden könne, während die portugiesische *Assembleia da República* dafür plädierte, die Umsetzungs- und Finanzierungsvorschriften auf europäischer Ebene zu beschließen.

Zum Thema Finanzierung führte der *Deutsche Bundestag* aus, dass ein ähnliches Modell ins Auge gefasst werden könne, wie es auch für das COSAC-Sekretariat gelte, während die griechische *Vouli ton Ellinon* vorschlug, dass die Kosten zentral von der EU getragen werden sollten.

Der *Deutsche Bundestag* schlug außerdem vor, das Thema im Rahmen der Konferenz der Parlamentspräsidenten der Arbeitsgruppe zu Videokonferenzen zur Kenntnis zu bringen.

Das finnische *Eduskunta* äußerte sich ablehnend zu dieser Frage und führte an, dass die Entwicklung eines Ad-hoc-Tools wahrscheinlich zeit- und ressourcenintensiv wäre, schließlich liege die Beschaffung und der Einsatz von Technologien im Ermessen der einzelnen Parlamente, deren Präsidenten ohnehin nur interoperable Systeme empfehlen würden.

Ähnlich äußerten sich österreichischer *Nationalrat* und *Bundesrat*, denen zufolge mehrere Videokonferenz-Tools bereits erfolgreich eingesetzt würden; eine Entscheidung über ein einheitliches Tool sei verfrüht, da es womöglich nicht mit allen Systemen kompatibel sein würde. Die lettische *Saeima* sprach sich dafür aus, die Sicherheit und den Datenschutz bei den bereits bestehenden Tools zu prüfen und zu verbessern, anstatt neue zu entwickeln.

Die niederländische *Eerste Kamer* stimmte zu, dass ein einheitliches europäisches Konferenztool die Kommunikation zwischen den Parlamenten verbessern könne, und forderte außerdem mehr Kompatibilität zwischen den bestehenden Systemen oder einen europäischen Standard.

Pinnwand

Abschließend wurden die Parlamente/Kammern gebeten, sich über die auf nationaler und EU-Ebene getroffenen Maßnahmen gegen die COVID-19-Pandemie zu äußern und ihren Erfolg zu bewerten bzw. auf Defizite hinzuweisen.

2.18.a Die Befragten nannten eine Reihe von Maßnahmen, die sich bei der Bewältigung der Folgen der COVID-19-Pandemie ihrer Ansicht nach als erfolgreich erwiesen hätten.

Die Reaktionen der EU-Institutionen auf die Folgen der COVID-19-Pandemie wurden von mehreren Parlamenten/Kammern begrüßt (estnischer *Riigikogu*, italienische *Camera dei deputati*, italienischer *Senato della Repubblica*, litauischer *Seimas*, österreichischer *Nationalrat* und *Bundesrat*, portugiesische *Assembleia da República*, rumänischer *Senat*, slowenischer *Državni svet*, Europäisches Parlament). Dabei wurde der Schwerpunkt auf die maßgeblichen Schritte zur Bewältigung der Krise gelegt, so etwa:

-) die SURE-Initiative (österreichischer *Nationalrat* und *Bundesrat*, portugiesische *Assembleia da República*);

- J die Maßnahmen der EZB, die Aktivierung der allgemeinen Ausweichklausel des Stabilitäts- und Wachstumspakts, die Flexibilität bei der Verwendung von Strukturfonds und die Lockerung der Regeln für staatliche Beihilfen (italienische *Camera dei deputati*, italienischer *Senato della Repubblica*);
- J mehr Flexibilität bei den in der EU geltenden Fiskalregeln (estnischer *Riigikogu*);
- J die Einführung des EU-Aufbauinstruments (litauischer *Seimas*);
- J die Aufbau- und Resilienzfazilität (österreichischer *Nationalrat* und *Bundesrat*);
- J Regelungen für vorübergehende Entlassungen (französische *Assemblée nationale*, portugiesische *Assembleia da República*);
- J das Paket der Euro-Gruppe vom 9. April 2020 (portugiesische *Assembleia da República*).

Der estnische *Riigikogu* lobte die führende Rolle der Europäischen Kommission bei der Suche nach einem Impfstoff gegen COVID-19, während die griechische *Vouli ton Ellinon* die Impfstoffstrategie der EU als sehr vielversprechend erachtete und zu dem Schluss gelangte, dass die Gewährleistung eines raschen und verlässlichen Zugangs der Bevölkerung zu Impfstoffen zeige, wie wichtig die Zusammenarbeit innerhalb der EU sei. Die rumänische *Camera Deputa ilor* hob ebenfalls hervor, dass das Angehen der Impfstofffrage ein Beispiel für eine erfolgreiche Maßnahme sei.

Weitere von den Parlamenten/Kammern als erfolgreich erachtete Krisenreaktionsmaßnahmen auf EU-Ebene wie auf nationaler Ebene betrafen:

- J die grenzübergreifende Zusammenarbeit (finnisches *Eduskunta*, französische *Assemblée nationale*, griechische *Vouli ton Ellinon*);
- J den Dialog (rumänische *Camera Deputa ilor*) und Informationsaustausch (maltesische *Kamra tad-Deputati*);
- J die groß angelegten Tests (luxemburgische *Chambre des Députés*, polnischer *Sejm*, zyprische *Vouli ton Antiprosopon*);
- J die Koordination der Beschaffung von und damit Sicherung der Versorgung mit Medizin- und Schutzausrüstung (*Deutscher Bundestag*, slowenischer *Državni svet*, Europäisches Parlament);
- J die Reduzierung der Abhängigkeit von Drittländern (griechische *Vouli ton Ellinon*), die verstärkte Nutzung digitaler Technologien (slowenischer *Državni svet*), insbesondere der Telearbeit (zyprische *Vouli ton Antiprosopon*, slowenischer *Državni zbor*);
- J die schnelle Umstellung auf Online-Sitzungen und Videokonferenzen (slowenischer *Državni zbor*) und der Kommunikation im Allgemeinen (rumänische *Camera Deputa ilor*).

Das finnische *Eduskunta* verwies vor allem auf die frühzeitigen und umfassenden Eindämmungsmaßnahmen und die Anpassung an die Situation, beispielsweise die bessere Vorbereitung des Gesundheitssystems und die Steigerung der Kapazität der Intensivstationen, während der italienische *Senato della Repubblica* die Koordinierung der nationalen Gesundheitssysteme hervorhob. Letzterer verwies auf die Zuschüsse und Entlastungsmaßnahmen für Arbeitnehmer und Unternehmen. Die griechische *Vouli ton Ellinon* brachte ihre Unterstützung dafür zum Ausdruck, zwischen Forschern

in der EU Datenaustauschnetze zu Forschungsergebnissen einzurichten. Der ungarische *Országgyűlés* trat ein für Einschränkungen der Freizügigkeit von Personen, spezielle Regelungen für ältere und schutzbedürftige Personen, mit denen ihr Leben und ihre Gesundheit geschützt werden sollten, sowie Maßnahmen zur Sicherung von Arbeitsplätzen und Unterstützung der am stärksten von der Krise getroffenen Branchen. Die maltesische *Kamra tad-Deputati* würdigte die lokale Produktion medizinischer Ausrüstung und den Direktbezug aus bestimmten Ländern bzw. von bestimmten Herstellern und lobte die evidenzbasierten Maßnahmen, wie das Tragen von Gesichtsmasken, das Händewaschen und die Regulierung von Massenveranstaltungen. Die lettische *Saeima* bevorzugte ebenfalls Entscheidungen, die sich auf empirische Daten stützten und in halbautomatischer Weise getroffen würden. Der polnische *Sejm* lobte die Mitgliedstaaten für die Bereitstellung von Mitteln für die COVID-19-Forschung.

Im Hinblick auf die weiteren zu treffenden Maßnahmen betonte der litauische *Seimas*, dass das EU-Aufbauinstrument allen Mitgliedstaaten zur Verfügung stehen und auf objektiven und realistischen Kriterien beruhen solle, die die Auswirkungen der Krise berücksichtigten, während österreichischer *Nationalrat* und *Bundesrat* eine Überprüfung und Kontrolle der Aufbau- und Resilienzfähigkeit und der SURE-Initiative forderten. Die französische *Assemblée nationale* brachte den Gedanken ins Spiel, dass die Regelungen für vorübergehende Entlassungen mit Blick auf ein soziales Europa der Zukunft als Beispiel dienen könnten.

2.18.b Die meisten Parlamente/Kammern nannten die unkoordinierten Grenzsicherungen, die unkoordinierten Maßnahmen hinsichtlich des freien Verkehrs von Personen und Waren (mit Auswirkungen auf den Binnenmarkt) sowie die unausgewogene Verteilung dringend erforderlicher Medizinprodukte und Arzneimittel als Beispiele für Maßnahmen, die im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie künftig vermieden werden sollten.

Weitere Maßnahmen, die nach Ansicht einiger Parlamente/Kammern vermieden werden sollten, sind beispielsweise die Unterbindung des Verkehrs und generelle Lockdowns (italienische *Camera dei deputati*, rumänische *Camera Deputa ilor*), Desinformationen in den Medien und Kürzungen bei der Forschungs- und Entwicklungsförderung (polnischer *Sejm*) sowie eine zögerliche Entscheidungsfindung (lettische *Saeima*).

Nach Ansicht der rumänischen *Camera Deputa ilor* habe die Europäische Kommission die Mitgliedstaaten zu langsam über den Stand der Pandemie und die Pläne zu deren Eindämmung unterrichtet (eine Einschätzung, der sich der polnische *Senat* anschloss), während der ungarische *Országgyűlés* mit einem undifferenzierten Einheitskonzept und dem Versuch, nationale Kompetenzen zu missachten, nicht einverstanden war.

Das Europäische Parlament bedauerte die Unfähigkeit zum gemeinsamen Handeln und betonte die Notwendigkeit, das Katastrophenrisikomanagement und die entsprechende Vorsorge und Verhütung zu verbessern und bei reisebezogenen Maßnahmen ein gemeinsames Konzept zu verfolgen.

Auf europäischer Ebene forderte die italienische *Camera dei deputati*, eine voreilige Reaktivierung der Mechanismen des Stabilitäts- und Wachstumspakts zu vermeiden, während das finnische *Eduskunta* erklärte, dass Rechtsunsicherheit und eine uneinheitliche Anwendung von Regeln keine wünschenswerten Merkmale einer Union seien, die sich auf Rechtsstaatlichkeit gründe.

Drei Parlamente/Kammern hatten hierüber noch nicht beraten oder hatten keinen offiziellen Standpunkt (belgischer *Sénat*, französischer *Sénat* und spanische *Cortes Generales*).

34.

Halbjahresbericht

COSAC